

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark vorwärts zahlen.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie des Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 5. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Löhne in der Metallindustrie.

Wichtiger Schiedsspruch für Berlin.

Bestenfalls hat verhandelt der Schlichtungsausschuss unter Vorsitz des Gewerkerats Körner über den Neuabschluss des von den Berliner Metallindustriellen zum 6. Juni gefälligen Lohnvertrages der Transportarbeiter in den Metallbetrieben.

rufung auf die angebliche Eigenart der Berliner Metallindustrie abzuschwächen suchte. Wenn schließlich die anhaltende Wirtschaftskrise und die mit ihr in Zusammenhang stehende Arbeitslosigkeit behoben werden sollen, müsse schon die Schlichtungsinstanz ihre Sanktion zur Herabsetzung der Transportarbeiterlöhne geben.

Der Genosse Ulrich, wie auch der Genosse Fromme vom Deutschen Verkehrsband traten dieser fassam bekannten Unternehmerargumentation in längeren Ausführungen entschieden entgegen.

Der Schiedsspruch vom 26. März wird verlängert mit 14tägiger Frist und ist erstmals zum 31. Juli kündbar.

Die Erklärungsfrist endet am Montag, den 7. Juni. Die Arbeitnehmervertreter erklärten sofort ihre Zustimmung zu dem Schiedsspruch, während die Arbeitgebervertreter sich ihre Erklärung vorbehalten.

Die Annahme des Schiedspruches bedeutet, daß die bisherigen Löhne zunächst bis Ende Juli weiterzuzahlen sind.

Mahraun packt aus!

Wie Ehrhardt einen „kommunistischen Putsch“ provozieren wollte. — Nicolai macht deutschrussische Kriegspläne gegen Frankreich.

Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Herr Mahraun, hat den Fehdehandschuh, den ihm der Alldeutsche Berschwörerverband zuwarf, aufgenommen.

Doch nicht genug, die Zerrüttung geht weiter. Ein neues politisches Kampfmittel ist die Anschuldigung vom Landesverrat. Wenn heute ein nationaler Führer in irgendeiner Form um des Vaterlandes willen gegen Abenteuer Stellung nimmt, dann nannten ihn gewisse Kreise früher schlapp und pazifistisch, heute werfen sie ihm Landesverrat vor.

Ich habe in vielen Fällen dagegen gestanden und den Jungdeutschen Orden davon bewahrt, in die Katastrophopolitik dieser Kreise verstrickt zu werden.

Die Anschuldigung des Landesverrats ist nicht neu. Neu ist nur, daß sie jetzt nicht mehr bloß gegen linksgerichtete Politiker, sondern auch gegen Führer „waterländischer“ Verbände als schmutzigstes aller Kampfmittel verwendet wird.

Die geheimnisvolle Denkschrift Mahrauns soll eine Stelle enthalten, die sich auf den Major v. Sodenstern, den Redakteur der Claß-Ehrhardtischen „Deutschen Zeitung“, bezieht. „Der Jungdeutsche“ hatte Herrn Sodenstern seine Bereitwilligkeit erklärt, diese Stelle zu veröffentlichen, falls er es wünsche.

Ich spreche hier nur als Sprachorgan und als ausführendes Organ meines Chefs, des Kapitäns Ehrhardt. Meiner Meinung nach ist ein Putsch, der von nationaler Seite veranlaßt wird, so lange von vornherein zum Scheitern verurteilt, so lange nicht ein kommunistischer Putsch vorhergeht.

dann muß er eben provoziert werden.

dann müssen die Großindustriellen Berlins, wie Borjig, Siemens, Schwarzkopff, Knorrbremse und sonstige Unternehmer, die der Deutschen Industriellenvereinerung angeschlossen sind, nochmals größere Arbeitermassen auf die Straße werfen.

Das Protokoll sagt zum Schluß:

Obwohl er nicht ausdrücklich darauf hinwies, mußte der Eindruck erweckt werden, als ob dieser beabsichtigte Regierungswechsel von Hindenburg veranlaßt bzw. gutgeheißen werde.

Was hier geplant wurde, war der insamste Schurkenstreich, der jemals gegen ein Volk geplant worden ist. Keine Maßnahme der Entente im Kriege kann sich an Berruchtheit mit diesem Plane messen.

Und so etwas läuft frei herum! Während sich Claß, Ehrhardt, Sodenstern in ihrer Art auf die Innenpolitik geworfen haben, treibt der Oberst a. D. Nicolai in gleich verbrecherischer Weise Außenpolitik auf eigene Faust.

Den Transport der in der Schweiz arbeitenden russischen Bolschewisten durch ganz Deutschland 1917 über die Ostfront nach Rußland im geschlossenen Eisenbahnwagen erzählte er, als sein Werk, mit viel Behagen. Auch betonte er seine Neigung zur Diplomatie, sprach von dem großen, russischen Heer und der kommenden kriegerischen Auseinandersetzung mit Frankreich, die allerdings bei den Geschwindigkeiten, mit denen man jetzt Herce nach vorne werfen könne, in unserer Gegend (Glinke) auszuweichen sei. Er wolle das

Locarno im Senat ratifiziert.

Briand über den deutsch-russischen Vertrag.

Paris, 4. Juni. (U.) Der französische Senat hat heute nach einer leichten Erklärung Briands mit 272 gegen 6 Stimmen sein Einverständnis mit den Verträgen von Locarno erklärt.

Die Rede Briands.

Paris, 4. Juni. (U.) Briand gab in seiner heutigen Senatsrede zunächst eine umfassende Darstellung der Verhandlungen, die den Locarno-Abmachungen vorausgingen und ging sodann auf den deutsch-russischen Vertrag ein.

für mich eine kleine Abklärung

war. Doch darf man Deutschland keinen Vorwurf daraus machen, daß es diesen Vertrag unterzeichnet hat. Ich glaube nicht, daß der Vertrag den Charakter hat, den man ihm mancherseits beimißt. Was befugt er? Deutschland erklärt Rußland: Wenn ihr ohne Herausforderung Curerseite angegriffen werdet, so bleibe ich neutral und Rußland verspricht umgekehrt dasselbe.

ziemlich starke Erregung hervorgerufen.

Doch können wir die Zusicherung geben, daß der Vertrag durchaus friedlich ist und daß er keiner der Verpflichtungen Abbruch tut, die sich für Deutschland aus den vorher abgeschlossenen Abmachungen ergeben.

Ich bin ausdrücklich ermächtigt, diese Erklärung abzugeben.

Hinzufügen möchte ich, daß, wenn Rußland wirklich eine Stätte des Umsturzes ist, Deutschland durch seinen Vertrag in eine schwierige Lage kommen kann. Was uns anbelangt, so genügt es, daß wir darauf bestehen, daß der Vertrag von Locarno und der Völkerbundspakt respektiert werden, und, wenn Deutschland verkündet, daß es diesen Vertrag getreulich beobachtet, so will ich ihm gern glauben. Trotzdem bleibt es mir unbenommen, zu wünschen, daß mein Land auf seine Sicherheit bedacht sein möge.“ (Lebhafter Beifall.) Die Schlussworte Briands klingen in einer

Aufforderung zur Versöhnung der beiden Völker

aus. Beide Völker haben eine große Vergangenheit und können mit Recht darauf stolz sein. Beide Völker haben Fehler und Vorzüge, das deutsche und das französische Volk jedoch ewig dazu verdammt sein sollen, sich gegenseitig zu zerreissen, das kann und will ich nicht glauben.

An einer anderen Stelle sagte Briand: Frankreich zählt 40 Millionen Einwohner, während Deutschland 60 Millionen hat. Das müssen wir uns immer wieder ins Gedächtnis zurückrufen, wenn es auch Anlaß zur Bewunderung sein kann, daß wir 1914 trotz numerischer Unterlegenheit dem Anprall des Feindes standhielten. Wir dürfen das um so weniger vergessen, weil wir ein zweites Mal diese Kraftprobe nicht mehr werden ablegen können. Aus dieser Erkenntnis heraus ergab sich für uns die Notwendigkeit, den Weg von Locarno zu beschreiten.

Ein großer Teil der Sitzung wurde mit der Rede des Generals Bourgeois ausgefüllt, der zahllose Daten und Angaben über die „militärischen Rüstungen“ Deutschlands verlas. Unter anderem behauptete er, daß erst umlangst im Schwarzwald „große militärische Manöver“ stattgefunden hätten. Der Schwarzwald sei von Patrouillen durchzogen worden, die von Offizieren der Marine geführt worden seien. Diese Patrouillen hätten

Abmachungen an Hand von Karten abgehalten und seien dabei stets in aller nächster Nähe der Eisenbahnstränge zu sehen gewesen. Wahrscheinlich seien sie damit beauftragt gewesen, die Möglichkeiten zur Beförderung der Artillerie durch die Eisenbahn zu studieren. Beachtung fanden auch die Ausführungen des Senators Chenebault, der auf die deutsch-österreichischen Anschlußbestrebungen hinwies. Chenebault sagte, es dürfe nicht der Fall eintreten, daß Deutschland den Krieg gewinne, indem es Österreich sich einverleibe. Es würde sich daraus eine Bedrohung des europäischen Friedens ergeben.

Dorpmüller, Generaldirektor der Reichsbahn

Der Verwaltungsrat hat es eilig.

Noch ist der verstorbene Generaldirektor Dr. Deser, für den am nächsten Montag vormittag eine Trauerfeier stattfinden soll, nicht bestattet und schon kommt die Nachricht, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahn in seiner gestrigen Sitzung bereits seinen Nachfolger in der Person des bisherigen stellvertretenden Generaldirektors Dr. Dorpmüller erkoren hat. Selbst die Reichsregierung empfindet offenbar dieses Verhalten des Verwaltungsrates als eine Taktlosigkeit. Kündigt sie doch an, daß sie erst nach der Bestattung des verstorbenen Deser, also erst nach Montag abend, sich mit der Wahl des Nachfolgers beschäftigen wird.

Ueber den neugewählten Generaldirektor, dessen Wahl durch den Reichspräsidenten noch bestätigt werden muß, ist aus seiner letzten Tätigkeit nur wenig bekannt geworden. Er verstand es bei den großen Entscheidungen in den wichtigsten Lohnfragen der Reichsbahn, sich immer im Hintergrund zu halten, ohne daß seine eigene Stellungnahme erkennbar geworden wäre. Seine Laufbahn ist die eines Fachingenieurs und Beamten. 1869 in Elberfeld geboren, war er 1898 bis 1907 in der preussischen Eisenbahnverwaltung tätig, ging dann nach China, wo er sich zum Leiter des gesamten sinesischen Bahnwesens emporarbeitete und wo er bis 1917 leitend im Bahnwesen tätig war. Dann trat China in den Krieg mit Deutschland ein. Es gelang Dorpmüller nun, nach Deutschland zu flüchten, wo er noch im Heeresbahnwesen eingesetzt wurde. Später war er leitend bei den Eisenbahndirektionen Essen und Stettin tätig, um 1922, also in der Zeit der größten Wirren, in Oberschlesien zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Oppeln zurückzukehren. Von dort wurde er zum zweiten Vorsitzenden der Reichsbahngesellschaft am 1. Juni 1925 gewählt, nachdem er schon vorher als Sachverständiger an den Beratungen über das Dawes-Gutachten und an der Umorganisation der Reichsbahn tätigen Anteil genommen hatte.

Nachfolger Dorpmüllers als stellvertretender Direktor der Reichsbahngesellschaft wird der bisherige Personalreferent der Reichsbahn, Dr. Weirauch. Er ist der Arbeiterschaft nach dem rücksichtslos durchgeführten Personalabbau und seit den schweren, nicht immer rein sachlich von der Reichsbahn geführten Kämpfen um die Gehalts- und Lohnaufstellung keineswegs in angenehmer Erinnerung. Die Zusammenziehung des neuen Direktoriums zeigt so eine wesentliche Schwengung nach rechts. Jedenfalls wird man von dem Fachbeamten Dorpmüller kaum erwarten dürfen, daß er entschiedener als sein Vorgänger die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft berücksichtigen wird.

Land besonders mit einem Netz von Vertrauensleuten überziehen, die eine Art Mobilisationsvorarbeiten leisten sollten, die sich gegen die französische Etappe auszuwirken hätten. Starke Hoffnungen knüpfte er an geheime Erfindungen, mit denen wir unsere Gegner vollkommen überraschen könnten.

Also die einen wollen die deutschen Kommunisten als Vorposten benutzen, um den Parlamentarismus zu zerschlagen und die „nationale Diktatur“ errichten zu können, die anderen wollen mit den russischen Kommunisten zusammen an der Elbe Krieg gegen Frankreich führen! Das sind die Methoden, nach denen die „nationale Bewegung“ das deutsche Volk glücklich machen will!

Von Herrn Mahraun mag man denken, was man will: Muthater! Man würde Herrn Strefemann und noch mehr als diesem Herrn v. Campe den gleichen Mut wünschen. Nach den Enthüllungen des Herrn Mahraun erscheint Campes gestrige Erklärung im Landtag als eine Ueberheit ohne Gleichen. Die Deutschnationale und die Volkspartei werden zu den Enthüllungen des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens Stellung nehmen müssen. Sie werden klar aussprechen müssen, ob sie auch jetzt noch Partei ergreifen wollen gegen die preussische Regierung für eine Verbrecherbande. Man wird dann wenigstens im Volk genau wissen, wie man sie einzuschätzen hat.

Das deutsche Volk aber muß diesen ganzen Spul auseinanderblasen. Das kann es, wenn es will, schon von morgen in vierzehn Tagen, am Tag des Volksentscheids, am 20. Juni!

Volksentscheid und Zentrum.

Die Frage: „Fernbleiben“ oder „nicht zustimmen?“

Die Rechtsparteien haben zum Volksentscheid die Parole des Fernbleibens ausgegeben. Damit wollen sie eine Kontrolle der Abstimmung erzielen und die Stimmfreiheit vernichten. Die Parole „Fernbleiben“ ist eine ausgesprochene Terror-Parole.

Stärkstes Befremden mußte es daher erregen, daß der Augustinusverein, die Organisation der Zentrumspreffe, sich die Parole des Fernbleibens zu eigen machte und in diesem Sinne „strengste Parteidisziplin“ forderte. Nun meldet die Zentrumspreffe parteioffiziell:

Der Augustinusverein hat in der Generalversammlung in Frankfurt am Main am 1. Juni eine Entschlieung angenommen, in der es heißt, daß die Generalversammlung dem Beschluß des Reichsparteivorstandes in der Frage der Fürstenabfindung zustimme. Damit hat die Generalversammlung des Augustinusvereins klar ausgesprochen, daß sie sich mit dem Wortlaut und dem Sinne des Reichsparteivorstandes einverstanden erklärt. In der Deffentlichkeit wird die Stellungnahme des Augustinusvereins jedoch in Gegensatz zu dem Beschluß des Reichsparteivorstandes gebracht, weil der Entschlieung des Augustinusvereins ein Satz angefügt ist, der besagt, daß die Wähler aufgefordert werden sollen, der Abstimmung am 20. Juni fernzubleiben. Dieser Satz kann nach dem Inhalt der Referate und der Diskussionen keinen anderen Sinn haben, als die Fassung des Reichsparteivorstandes, dem Entschlieungsgesetz bei der Abstimmung am 20. Juni „nicht zustimmen“. Eine verschiedene Auffassung zwischen Reichsparteivorstand und dem Augustinusverein besteht also nicht.

Jedermann sieht, daß zwischen „nicht zustimmen“ und „fernbleiben“ ein sehr wichtiger Unterschied besteht. Im ersten Fall wird den Zentrumsanhängern der Rat erteilt, nach Belieben mit Nein zu stimmen oder zu Hause zu bleiben. Im zweiten Fall wird ihnen das Zuhausebleiben zur Pflicht gemacht und eine Kontrolle darüber ermöglicht, ob sie der Parteiparole folgen oder nicht. Das ist eine Aufhebung der geheimen Abstimmung.

Der Beschluß des Augustinusvereins bedeutet also etwas ganz anderes als der des Zentrumsparteivorstandes, nämlich eine Unterstützung der rechtsparteilichen Terroraktion. Die parteioffizielle Erklärung dazu ist

aber zweideutig. Wenn man Augustinusverein und Parteivorstand, „fernbleiben“ und „nicht zustimmen“ gleichsetzt, so kann das sowohl heißen, daß der Parteivorstand dem Beschluß des Augustinusvereins zustimmt als auch, daß er ihn reifiziert. Der parteioffizielle Versuch zeigt aber, daß der Beschluß des Augustinusvereins in Zentrumskreisen nicht ohne kräftigen Widerspruch geblieben ist. Und das ist das einzig, aber auch wirklich einzig Erfreuliche an dieser ganzen Angelegenheit.

Die internationalen Deutschnationalen.

Gegen den nationalen Hörsing.

Genosse Hörsing hat auf der Magdeburger Generalversammlung des Reichsbanners es als einen Skandal bezeichnet, daß von den Agrariern Hunderttausende ausländischer Arbeiter ins Land gezogen werden, während zwei Millionen deutscher Arbeiter arbeitslos sind. Man hätte annehmen sollen, daß dieses Bekenntnis zur eigenen Nation dem Magdeburger Oberpräsidenten Lob und Huldigung aller „nationalen“ Kreise eingetragen hätte. Sie hat ihm aber eine deutschnationale „kleine Anfrage“ im Landtag eingetragten, die in ihren Schlussworten besagt:

Billigt das Staatsministerium die zum einen Teil den Zusammenhang verschleiernden, zum anderen Teil direkt unwahren und im Gesamtergebnis verheerenden Ausführungen des hohen Staatsbeamten?

Falls nein, was gedenkt das Staatsministerium zu tun, damit der Oberpräsident Hörsing auch in seinem außeramtlichen Auftreten der Verantwortung seines hohen Amtes gerecht wird?

Man sieht, die Welt steht Kopf. Der Sozialdemokrat Hörsing wahr nationaler Interessen oder wie man jetzt sagt, „völkische Belange“ und wird dafür von den international eingestellten Deutschnationalen bei seinen Vorgesetzten denunziert. Der scheinbar schreiende Widerspruch löst sich aber, wenn man erwägt, daß die deutschen Arbeiter eben für die Deutschnationalen nicht deutsches Volk sind. Sie sind einfach Ausbeutungsbjekte, die man nimmt, wenn man sie billig kriegt, denen man aber Ausländer vorzieht, wenn man diese noch billiger bekommt.

Und das heißt dann: „Kampf gegen den international eingestellten Marxismus und Materialismus“.

Reaktionäre Personalpolitik.

Schmid — Schlieben — Werner.

Vor kurzem hielt der Generalreichskommissar Schmid, früher Oberbürgermeister von Düsseldorf, Mitglied der Deutschen Volkspartei, Leiter des Ministeriums für die besetzten Gebiete, in Köln einen Vortrag, in dem er die Sozialdemokraten als Rechtsbrecher, Räuber, Bolschewisten und Heher beschimpfte. Der sozialdemokratische Parteitag für den Oberrhein erklärte darauf in einer Entschlieung, daß er die wiederholte Beschimpfung durch einen Mann satt habe, dessen amtliche Tätigkeit auf eine Sammlung der politischen Kräfte im besetzten Gebiet gerichtet sein mußte. Die neueste Leistung des Herrn Schmid betrachte die Sozialdemokratie des besetzten Gebietes als eine Herausforderung, als eine Gefahr für das besetzte rheinische Land. Sie werde daraus die Konsequenzen ziehen.

Als Antwort auf diese Entschlieung ist der Volksparteiler Schmid zum Staatssekretär befördert worden!

Nach einer Meldung des „S. L.“ soll beabsichtigt sein, den früheren deutschnationalen Finanzminister von Schlieben zum Präsidenten des Landesfinanzamts Sachsen mit dem Sitz in Magdeburg zu bestimmen. Als Vater dieser Idee wird der deutschnationale Staatssekretär in der Reichskanzlei, Kempner, bezeichnet, der vom Reichskanzler

Marz immer noch in seinem Amt belassen wurde, damit er die „republikanische“ Politik fortführe!

Zu allem Ueberflus ist jetzt auch der Nachfolger Ebermeyers in der Leitung der Reichsanwaltschaft ernannt worden. Die Wahl ist, wie schon vor Wochen angekündigt wurde, auf den rechtsgerichteten Geheimen Regierungsrat Werner vom Reichsjustizministerium gefallen. Der Reichsrat hat diesem Vorschlag zugestimmt und dadurch der reaktionären Bürokratie einen weiteren Sieg verschafft. Die Republik wird durch die Personalpolitik ihrer Regierung langsam ausgehöhlt, so daß die Monarchisten keinen Grund mehr haben, an Putzche zu denken.

Der Weg zur Einheitsflagge.

Schwarzrotgold in den Bach!

Aus Reustadt im Schwarzwald meldet Wolffs Bureau nach dortigen Blättern, daß in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag die von der Stadtverwaltung anlässlich des Fronleichnamsfestes am Kriegerdenkmal angebrachten beiden Reichsfahnen heruntergerissen und in die Gütach geworfen wurden. Die Fahnenstangen und ein Tuch wurden im Bach gefunden. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

So wird in der deutschen Republik die Fahne der Nation besudelt. Die Reichsregierung sieht hilflos zu und grübelt derweil über die Schaffung einer „Einheitsflagge“, nachdem sie inzwischen die Monarchistenfahne den amtlichen Auslandsvertretungen aufgezogen hat. Preussische Richter lassen die Nationalflagge durch Gerichtsvollzieher und Polizei entfernen, die Monarchisten triumphieren in allen Gegenden. Wenn aber der Zorn der Republikaner gegen solche Provokationen einmal überquillt, dann sind die Staatsanwälte mit Landfriedensbruchsanklagen bei der Hand. So ist der Weg zur „Einheitsflagge“ trefflich bereitet!

Campe - Strefemann.

Eine Erklärung in Putzschachen.

Im Preussischen Landtag gab es am Freitag zu Beginn der Sitzung eine kleine Sensation. Der Fraktionsführer der Volkspartei, v. Campe, gab eine lange Erklärung gegen den Ministerialdirektor Abegg ab, dem er „grobe Irreführung der Deffentlichkeit“ und dergleichen vorwarf. Er stützte sich dabei auf die Äußerungen Strefemanns in Erfurt, die wir im gestrigen Morgenblatt zitiert haben.

Augenscheinlich hat Campe sich mit Strefemann über den Fall nicht unterhalten, sondern er hat die Erklärung auf Grund eines Fraktionsbeschlusses abgegeben, der gefaßt wurde, als Strefemann noch in Erfurt weilte. Nur aus den Zeitungsberichten entnahm er die Meinung Strefemanns, den Abegg übrigens gar nicht genannt hatte, und pulverte nun gegen den Regierungsvorsteher in einer Form los, die bisher selbst bei der Deutschen Volkspartei in Preußen unbekannt war.

Inzwischen hat Ministerpräsident Braun mit dem Außenminister Strefemann eine Aussprache über den Fall Campe gehabt. Welchen Erfolg sie hatte, darüber wird man wohl in den nächsten Tagen näheres hören.

Arbeitslose und Lohnklassen.

Weitere Verlängerung der Unterstützungspflicht.

Das Reichsarbeitsministerium plant eine Erhebung über die Verteilung der Arbeitslosen auf die verschiedenen Wohnklassen vorzunehmen. Um die Erhebung durchführen zu können, muß der Reichstag ein entsprechendes Gesetz verabschieden. Der Gesetzentwurf soll dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen. Das Ergebnis der Erhebung soll bis Oktober vorliegen.

Dank der Initiative der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind die gegenwärtigen Unterstützungssätze bis 3 Juli verlängert. Angesichts der geplanten Erhebung muß sofort eine weitere Verlängerung bis zu ihrem Abschluß erfolgen. Unter keinen Umständen darf das Reichsarbeitsministerium hier eine neue Gelegenheit sehen, die Unterstützungsregelung zu verschlechtern.

Carl Maria v. Weber.

Zum 100. Todestage des „Freischütz“-Komponisten.

Man darf heute eines Musikers gedenken, der den Ehrentitel des deutschen aller Meister anders verdient, als es heute nach dem Sprachgebrauch des Wortes „deutsch“ zu sein scheint. Deutsch nicht im Sinne eines Verachtens der anderen, eines wilden Patriotismus der Indulgenz, eines Umsichschlingens und Betonens der eigenen Auserwähltheit, sondern: manbar sein Ziel verfolgen, Kunst aus dem Geiste der Zeit und des Heimatbodens heraus erleben, Kunst schaffen mit der vollen Ausnutzung der Bedürfnisse, Wünsche, Sehnsüchte eines Volkes, unter Betonung dieser Eigenarten und doch mit dem großen, genialen Blick, mit dem verfeinerten Ohr eines Menschen der hinter die Dinge sieht und horcht. Das war das Deutschland Carl Maria v. Webers, der heute 100 Jahre tot ist. Die seltsamste Mischung von naivem und bewußtem Künstler, von leibhaftiger Innenschau und blendend virtuoser Kunstfertigkeit, Synthese zwischen Bohemien und Bürger; Romantiker, Schwärmer, Patriot, den Freiheitsgeist der Zeit verstehend und bildend, und daneben ein Künstler, der den Zauber des äußerlichen Klanks, des vornehmsten, glänzendsten Spiels, der wachsenden, gestalteten Effekte nicht verachtet. All das leistet er, sein Wesen und seinen Charakter im Werk begründend, als Kapellmeister, Schriftsteller, Regisseur, Theatertechniker, als Pianist und zuletzt, zu allererst als Komponist.

Weber greift als Mann einer politisch unruhigen Zeit, mit dem Herzen voll Sehnsucht nach besseren Tagen der Freiheit, 1814 zuerst in die Salten. Er dichtet Körners „Leier und Schwert“ in Musik. „Lühows wilde, verwegene Jagd“, „Gebet während der Schlacht“, „Schwertlied“ — das ist Alarm und Jugend, ist Begeisterung und Göttertraum, weitertragend und zündend als das nur gesprochene Wort. Aber dieser stürmische Eifer war nicht geeignet, Weber seine eigentliche Mission vorzuschreiben, so wenig, wie es Sonaten, Klavierkonzerte, Messen, Schelmlieder konnten. Es hieß, nach Jahren des Herumirrens festen Fuß fassen, es hieß Sammlung finden. Nachdem er in Hildburghausen, Salzburg, München, Freiberg, Stuttgart, Darmstadt, Prag gelernt, gerungen, gelitten hatte, rief ihn Dresden zur Opernreorganisation. Hier wurde der Keim für die große Theaterleistung gelegt, hier wurde das romantische Musikdrama eigentlich geboren. Kapellmeister von einfachen Ausdrucksbewegungen, aber suggestiver Schöpferkraft, erzog er Orchester, Chor, Solisten, Maler und Techniker zu einheitlichen, im Sinne des Gesamtkunstwerks vermittelten Leistungen. Schriftstellerisch und durch die Tat kämpfte er gegen den hohlen Theater- und Brettergeist der Sponzialischen „großen“ Oper an. 1821 wurde dieser Wille zum neuen Stil Ereignis: am 18. Juni erlebte der „Freischütz“ in Berlin seine Uraufführung. Nun wußte man in Deutschland wieder, was Gesang, Lied, Arie, Chor war, nun fühlte

man wieder Ehrlichkeit, Innigkeit, Anmut, Schwärmerie in der Musik. Und die Besten erkannten schnell, daß in dieser Naivität der Erfindung auch die größte Kunst verborgen war. Man ging auf frisch beackertem Boden, man sah Menschliches menschlich, die Natur schien in Agathe, Kenneth, Max wieder aufzubeleben, Wald und Biere, Haus und Hof, Märchen und Geipenst betamen Ausdruck, Charakter, Profil. Das Volk sang mit, denn aus des Volkes Singelust waren diese Weisen entstanden. Ganz Deutschland war voll von dieser Melodie, die edel und groß, eingängig und charakteristisch, formgeschlossen und doch freischwebend nunmehr das Symbol für deutsche romantische Musik überhaupt wurde. Der „Freischütz“-Text, geschrieben von Friedrich Kind nach einem alten Gespensterbuch, traf besonders gut die Idylle, die ja in keinem außerdeutschen Land solch Verständnis findet, traf die gespenstische, dem Bösen zugewandte Märchenpointe, traf die frisch-trübliche Stimmung der Jägersteute. In all diese Gefühlen für Mensch und Land konnte Weber sein eigenes musikalisches Empfinden wiederlegen, hier schlug ein Wunderstab aus seinem Herzen die rechte, ihm eingeborene Lebensweise. An Kontrasten reich, ja, scharf zwischen Schwarz und Weiß, Böse und Gut trennend, läßt die Oper keine Sekunde an Reiz und Interesse nach, sie verbindet auch das Feste mit einem Willen zu klarster Charakterisierung. Ganz natürlich werden Soli mit Chören, Einzelne mit Gruppen konfrontiert, und das Rezitativ bekommt Ausdruck, Farbe.

Das wäre in der „Euryanthe“ (1823) noch entscheidender für das Schicksal des Musikdramas geworden, wenn die Dichterin Cechy nicht die Konflikte naiv und unnatürlich verschüttet hätte. Die Ouvertüre aber steht als Ruster, sinfonisch-dramatischer Dichtung noch immer unseren Sinnen, unseren Herzen nahe, und auch die „Oberon“-Ouvertüre (1826) hat den gleichen zauberischen Schwung in ihrer Effen- und Koboldsprache. Diese Werke haben ihre geschichtliche Bedeutung neben ihrem ästhetischen Wert als Brauurstücke künstlerischer Prägung; sie wurden und sind Vorläufer aller modernen Ouvertüregestaltung. Richard Wagner baute am Wege der „Euryanthe“ weiter. So entstand der „Lohengrin“, und damit hatte die romantische Oper einen neuen Höhepunkt erreicht, der nur noch durch den „Tristan“ bis heute überschritten wurde.

Man feiere den 100. Todestag Webers durch eine würdige, sjenisch und musikalisch neue Wiedergabe des „Freischütz“. Wer diesen Reichtum an Musik, Gesang, Regiemöglichkeiten kennt, wird die erste deutsche Oper lieben in jeder Note. Wer diese Möglichkeiten als Kapellmeister und Regisseur endlich, endlich neu erschließt, wird ein Anrecht darauf haben, sein Insitut die — erste deutsche Oper zu nennen.

Dr. Kurt Singer.

Die Bücherkäufe. In den jütischen „Postorenblättern“ des dänischen Schriftstellers St. St. Blicher wird die folgende ergötzliche Anekdote erzählt: Der Bischof Mous hatte seine eigene Methode, seine Bibliothek zu vermehren. Auf seinen Visitationen verlangte er

auch die Bücher der Pastoren zu sehen, um, wie er sich würdig ausdrückte, auch in diesem Punkte seiner Pflicht zu genügen. Erblühte er nun die eine oder andere Schrift, die er selbst gern besessen hätte, so bat er sie sich leihweise aus — und vergaß immer, sie zurückzugeben. Natürlich wagte kein Pfarrer oder Probst, seinen vorgelegten Bischof an die Rückgabe zu erinnern.

Auf diese Weise hatte u. a. auch der Probst Pontoppidan ein paar klassische Werke „ausgeliehen“ und dachte mit Schrecken an die nächste „Visitation“ seiner Bibliothek. Als nun der Bischof sich wieder einmal anmeldete, band der Probst seine Bücher in ein großes Baken und hängte sie in seinem Studierzimmer unter der Decke auf.

Seine Hochwürden kam, visitierte, sah und trank mit gutem Appetit und auktete schließlich den Wunsch, die Bücher des Probstes zu sehen. Der Probst öffnete höflich die Tür seines Studierzimmers. Beim Eintreten stieg der Bischof, da er nur leere Regale erblickte. „Aber was haben Sie mit Ihren Büchern gemacht, Herr Probst?“ fragte er entrüstet. Pontoppidan wies nach der Decke mit den Worten: „Ach habe mich genötigt gesehen, sie in dem Baken dort aufzuhängen.“

„Und warum, mein Lieber?“ fragte gedehnt der Bischof.

„Um sie vor den Mäusen zu schützen“, war die höfliche, mit ungeschulvoller Niene gegebene Antwort. Der Bischof verabschiedete sich merkwürdig schnell. Ob er auf der langen Wagenfahrt durch die jütische Heide zum nächsten Pfarrer die Zeit benutzte, um über die „Mäuse“ nachzudenken, vor denen der Probst seine Bücher schützen mußte, hat die Deffentlichkeit nie erfahren, aber seit dieser Zeit „lieh“ der Herr Bischof Mous keine Bücher mehr von seinen untergebenen Pfarrern und Präbsten.

Edison gegen den Sprechenden Film. Thomas A. Edison hat auf eine Anfrage über die Zukunftsentwicklung des Sprechenden Films in der amerikanischen Presse geantwortet, daß seiner Meinung nach die Idee des Sprechenden Films kaum praktisch ist. Auf der Leinwand gerührt das gesprochene Wort die Vision. Edison glaubt, daß, zumindest soweit Amerika in Betracht kommt, der Sprechende Film nicht über einige, vielleicht interessante Versuche hinauswachsen wird.

In Deutschland wurden die ersten Versuche des Sprechenden Films, die noch sehr verbesserungsfähig waren, besonders von Leuten enthusiastisch begrüßt, die das Wesen des Films noch nicht begriffen haben. Der Film kann und wird nie das Sprechtheater ersetzen, er ist eine stumme Kunst, die ihren eigenen Befehlen folgt.

In der Staatsoper geht als letzte Neuheit dieser Spielzeit die bessere deutsche vollständige Oper „Der Dieb des Glücks“ des Berliner Komponisten Bernhard Schüller am 12. in Szene.

Ein Denkmäl für Cézanne. Ein Denkmäl Paul Cézannes hat Kristide Rattol geschaffen. Zugunsten der Errichtung ist jetzt bei Bernheim in Paris eine Ausstellung von bedeutenden Werken des Meisters eröffnet worden.

Ein neuer Verkehrsloft für Luftschiffe. In einem Vortrag im Verein für Luftschiffahrt machte Dr. C. E. Zener in Bonn davon Mitteilung, daß das im Bau befindliche Großverlehrs-Luftschiff einen neuen Verkehrsloft erhält. Er ist weniger feuergefährlich als Benzol und hat eine größere Wirksamkeit, so daß es möglich sein wird, den Aktionsradius des Luftschiffes auf ungefähr 10000 Kilometer auszuweiten.

Die neue Hauszinssteuer.

Wulles Immunität aufgehoben.

Im Preussischen Landtag wurde am Freitag die Aufhebung der Immunität des völkischen Abgeordneten Wulle mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen. Auch Abgeordneter Wulle stimmte für die Aufhebung der Immunität.

Bei der zweiten Beratung der neuen Hauszinssteuer ließen es die Rechtsparteien wieder einmal auf eine Kraftprobe ankommen. Die Deutschnationalen beantragten Rückverweisung des Initiativgesetzentwurfes der Regierungsparteien an den Hauptausschuß. Der Finanzminister wies darauf hin, daß dadurch die rechtzeitige Verabschiedung des Gesetzes gefährdet werde. Die Rahmung vom Regierungstisch müßte nichts. Rechtsparteien und Kommunisten verlangten die Zurückverweisung und es kam schließlich, da die Abstimmung zweifelhaft blieb, zum Hammelsprung. Eine Zeitlang gingen die Rechtsparteien vor der Abstimmungstür mit dem Gedanken um, durch Nichtbeteiligung am Hammelsprung das Haus beschlußunfähig zu machen. Schließlich aber beteiligten sie sich doch an der Auszahlung. Das Resultat war: Ablehnung der Zurückverweisung mit 126 gegen 109 Stimmen der Opposition.

In der Debatte lehnten die Rechtsparteien, die Wirtschaftsparteien und die Kommunisten die Vorlage ab. Der Finanzminister betonte gegenüber der Forderung der Wirtschaftspartei auf Einführung der freien Wohnungswirtschaft, daß damit eine Steigerung der Mieten auf 140 bis 150 Proz. der Friedenshöhe verbunden sei. Wenn man die Hauszinssteuer nur auf 36 Proz. der Friedensmiete erhöhe, wie es die Deutschnationalen wollten, dann könne man, da durch Reichsgesetz 20 Proz. des Aufkommens für den Finanzbedarf bestimmt sind, nur 16 Proz. für den Wohnungsbau verwenden. Im übrigen schöpfe Preußen aus der Hauszinssteuer für den Finanzbedarf noch lange nicht das, was der Reichsfinanzminister vorgelesen habe. Preußen stünden für den Finanzbedarf 600 Millionen zu. Tatsächlich verblieben ihm aber nur 430 Millionen.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.) wies gegenüber dem Gedächtnis über die vielen leerstehenden Wohnungen in Berlin darauf hin, daß die leerstehenden Wohnungen nicht von den gemeinnützigen Gesellschaften, sondern von dem privaten Bauunternehmertum hergestellt wurden. Der private Baumarkt könne bauen, soviel er wolle; nur stünden seine Wohnungen zu zehnmalen leer, weil deren Mieten unerträglich seien. Die rechtsstehenden Baufachleute auf der Gesel. stehen auf dem Standpunkt, daß ohne öffentliche Unterstützung in Form von billigen Hypotheken keine Bautätigkeit möglich ist. Wohnungen, die vor dem Krieg 10 000 M. kosteten, kosten heute 17 000 M. Dazu kommt das Doppelte an Zins; das bedeutet dreifach so hohe Mieten! Auf Grund der freien privaten Bauwirtschaft kommen beim Wohnungsbau unerträgliche Dinge heraus. Wenn die Mieten auch in den mit öffentlichen Mitteln erbauten Häusern sehr hoch sind, so liegt das einfach daran, daß man sich der freien Wohnungswirtschaft schon viel zu weit genähert hat. Am 13. Januar haben wir in Preußen unser Wohnungsbauprogramm aufgestellt. Zur Durchführung des Programms brauchen wir Geld und nicht Redensarten. Am 1. Juli kommt die Friedensmiete. Die 100 Proz. sind reichsgesetzlich vorgeschrieben. Die Rechtsparteien wollen die 6 Proz. von 94 auf 100 restlos dem Hausbesitz geben. Wir wollen, daß von den 6 Proz. ein Teil, d. h. 4 Proz. für die Allgemeinheit und für den Wohnungsbau Verwendung finden. Bei den sozialen Erleichterungen muß eine Änderung im System erfolgen. Der jetzige Zustand ist unhaltbar. Es ist uns gelungen, auch eine Staffelung der Einkommen in die Hauszinssteuer hineinzu bringen, die eine Niederschlagung der Steuer überall da gestattet, wo die Steuerbeträge im Verhältnis zum Einkommen abnorm groß waren.

Nach Schluß der Hauszinssteuerberatung führte das Haus dann noch die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums weiter. In der Aussprache hatte Abgeordneter Müller-Hannover (Soz.) an Hand einer von den Deutschnationalen verbreiteten Broschüre zum Volksentscheid die Rechenkunststücke und die Taschenspielertricks der Fürstenanhänger auf.

Die Not der älteren Angestellten.

Beschlüsse des Reichstagsausschusses. — Verlegenheit bei der Regierung.

In der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten berichtete Genosse Aufhäuser über die Beschlüsse des Ausschusses für Angestelltenfragen, die zur Behebung der Notlage der älteren Angestellten gefaßt worden sind. Sie sehen eine Meldepflicht der offenen Stellen, Befreiung von Auswüchsen bei Chiffre-Anzeigen und die Verpflichtung des Arbeitgebers, eine bestimmte Anzahl von älteren Angestellten zu beschäftigen, vor. Bei Kündigung und Entlassung von älteren Angestellten ist dem öffentlichen Arbeitsnachweis sofort Anzeige zu erstatten. Außerdem sehen die Beschlüsse einen verstärkten Kündigungsschutz und die Einführung von Abfertigungsgebern vor.

Der Reichsregierung und den bürgerlichen Parteien sind anscheinend diese begriffenwertigen Beschlüsse sehr unangenehm; sie wollen die Angestellten weiterhin mit leeren Versprechungen abspießen. Die Abstimmung im Ausschuss wurde um eine Woche vertagt, damit das Reichskabinett und die bürgerlichen Parteien dazu Stellung nehmen können.

Der Fall Lessing.

Deutschnational-völkische Agitation. — Studentische Rebellion.

Der Ruhm der randallierenden Studenten von der Technischen Hochschule in Hannover hat einige junge Leute von der Technischen Hochschule in Charlottenburg nicht schlafen lassen. Sie haben als „Vorstand der Studentenschaft“ dieser Hochschule ein Solidaritäts-telegramm nach Hannover geschickt, ohne sich zu vergewissern, ob sie auch im Namen aller Studenten sprechen dürfen. Die freie Wissenschaftliche Vereinigung und der Demokratische Studentenbund an der Technischen Hochschule in Hannover erklärten, daß sie das Telegramm des Vorstandes der Studentenschaft an die Studentenschaft der Technischen Hochschule in Hannover auf das schärfste mißbilligen und es für notwendig erachteten, dies öffentlich festzustellen. In der am Dienstag stattfindenden Kammereröffnung der Studentenschaft werden ihre Vertreter ein Mißtrauensvotum gegen den Vorstand einbringen.

Inzwischen aber verlangen die Deutschnationalen und die Wulle-Leute im Preussischen Landtag, daß die Regierung vor den randallierenden Studenten in Hannover zurückweiche und Lessing aus seinem Amte entferne. Randallierende Studenten und revoltierende Bauern sind für sie Heiden des Alltags, hungernde Arbeiterlose aber „halschneidische Verbrecher“. Das preussische Ministerium ist aber nicht in Thüringen oder Bayern.

Erbauer Heim. Wie der „Bayerische Kurier“ mitteilt, hat Dr. Heim aus Gesundheitsrücksichten seinen Austritt aus der bayerischen Landesbauernkammer vollzogen. Seit Gründung der Kammer war Dr. Heim ihr erster Präsident. Er ist aber bei Beginn der jetzigen Session bei der Wahl zum ersten Präsidenten unterlegen.

Mosciskis Amtsantritt.

Demission des Kabinetts.

Warschau, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der neue Präsident Mosciski hat heute vormittag den Schwur geleistet. Im letzten Moment wurde beschlossen, diesen feierlichen Akt doch nicht im Sejm, sondern im ehemaligen königlichen Schloß zu begehen. Die Polnische Sozialdemokratische Partei hatte heute morgen beschlossen, an der Zeremonie der Eidesleistung im Schloß nicht teilzunehmen, weil die Sozialisten keinen besonderen Grund dafür sehen, daß der Schwur nicht im Parlament, sondern im Schloß geleistet werde. Die Regierung Bartel-Pilsudski hat demissioniert. Die neue Regierung dürfte am Montag gebildet werden; es ist jedoch wahrscheinlich, daß dieselbe Regierung bleibt.

Der Verlauf der Zeremonie.

Warschau, 4. Juni. (B.Z.) Nachdem der Präsident der Nationalversammlung an Mosciski die Frage gerichtet hatte, ob er willens sei, das Amt zu übernehmen und Präsident Mosciski bejahend geantwortet hatte, schritt man zur Vereidigung. Im Anschluß daran erfolgte im Ratsaal die feierliche Unterzeichnung der Einsetzungsurkunde. Der Staatspräsident nahm dann die Glückwünsche des Kabinetts und der Vertreter der auswärtigen Mächte entgegen. Die Zeremonie der Vereidigung wurde durch kommunistische Zwischenrufe gestört. Der Staatspräsident hatte gerade die letzten Worte des Eides gesprochen, als Rufe ertönten: „Wir verlangen Freilassung der politischen Gefangenen und Arbeit für die Arbeitslosen!“ Diese Störung rief in der Versammlung, die den Kommunisten mit Hochrufen auf Polen und Mosciski antwortete, große Erregung hervor.

Allgemein wurde bemerkt, daß die Sozialisten der Feier geschloffen ferngeblieben waren.

Die Bauernunruhen.

Wlaga, 3. Juni. (O.E.) Auch in dem fast nur von Weißrussen bewohnten Kreise Nowo-Grudel ist es zu Bauernrevolten gekommen. Die zum Dienst im polnischen Heer einberufenen Rekruten aus weißrussischen Dörfern meuterten, zerstörten in mehreren Orten die Kasernen der Bezirkskommandos und leisteten der polnischen Polizei so energischen Widerstand, daß Truppen aufgeboden wurden, um die Meuterer zu bändigen.

Minderheitsförderung in Oberschlesien.

Der Präsident der Gemischten Kommission für beide Oberschlesien, Altbundespräsident Calonder-Schweiz, hat in Beuthen beim Abschluß der polnischen Lehrerkurse, die in Deutsch-Oberschlesien abgehalten wurden, vor den Kursteilnehmern seine Anerkennung für die in den Kursen geleistete Arbeit ausgesprochen. Präsident Calonder betonte, daß die verständnisvolle Pflege der Sprache der Minderheit der wesentlichste Faktor für deren gedeihliche kulturelle Entwicklung sei. Die Lehrer an den Minderheitsschulen müßten aber auch instande sein, kulturell mit der Minderheit zu denken und zu fühlen. Alle Beteiligten müßten sich stets bemühen, daß die freie Pflege der sprachlichen Kultur der Minderheiten, selbstverständlich unter Ausschluß aller

Blücher-Bund und Feme.

Zeugenvernehmung vor dem Untersuchungsamt des Reichstags.

Der **Bereitschaftsausschuß** des Reichstags legte gestern vormittag die Untersuchung des Falles Baur fort. Als Zeuge erschien gestern der frühere Regierungsbaumeister, jetzige Architekt Rudolf Schäfer. Er soll über die Gründung, über die Statuten und den Umfang des Blücher-Bundes auszusagen.

Der Zeuge berichtet, daß der Blücher-Bund aus einer Abspaltung des Bundes „Oberland“ im Jahre 1922 entstanden sei. Außer den offiziellen Satzungen hätten niemals geheime Satzungen bestanden. Seine Aufgabe sei die vaterländische Erziehung und körperliche Ausbildung zur Wehrfähigkeit gewesen. Später habe der Zeuge andere Satzungen verfaßt, um darin die seelische Erziehung stärker zu betonen. Der Blücher-Bund habe in schärfstem Gegensatz zu der Arbeitsweise der „Kampfbünde“ gestanden. Der Zeuge habe sich schließlich von der Leitung des Blücher-Bundes zurückgezogen und die ihm noch folgenden Gruppen aufgelöst. Eine Verpflichtung auf einen Fahneneid habe es nicht gegeben. Der Bund war in Kreise und Gauen eingeteilt, örtliche Organisationen hätten allerdings auch Kampagnen mit Jungführern u. m. gehabt. Praktische militärische Bedeutung hätten diese Kampagnen aber nicht gehabt.

Ueber die bei dem Mord an Baur beteiligten Persönlichkeiten führt der Zeuge aus: Die Brüder Berger und ähnliche Leute seien als Erbkünder des Bundes Oberland vom Blücher-Bund übernommen worden. Um den Ehrgeiz des älteren Berger zu befriedigen, sei ihm die Organisation des Blücher-Bundes in München übertragen worden, obgleich an sich die Großstädte für die vaterländische Bewegung ungünstig seien. Bei einer von dem Zeugen vorgenommenen Besichtigung der Ortsgruppe München habe der ältere Berger dem Zeugen

ein ganz merkwürdiges Konglomerat von Gestalten

vorgeführt. Es sei im Januar 1923 zum Bruche mit Berger gekommen, weil dieser der Ansicht war, daß „etwas geschehen“ müsse, was der Zeuge abgelehnt habe. Zu dieser Zeit habe er auch erst erfahren, daß Berger mit Nachhaus in Verbindung stand. Die anderen Leute, die besonders im Fuchs-Nachhaus-Prozess eine Rolle gespielt haben, wie Nachhaus, Fuchs, Ruge, Jenner, Zwengauer, Baur und den jüngeren Berger, will der Zeuge nur wenig gekannt haben.

Schäfer berichtete dann über

die Ansammlung von Waffen durch den Blücher-Bund.

Anfang Januar 1923, als der Ruhrkampf kam, habe man vor allem in Bayern damit gerechnet, daß es zu irgend welchen Auseinandersetzungen kommen würde. Es wurden deshalb Vorbereitungen für eine Bereitschaftsstellung getroffen. Die gesammelten Waffen sind in Schleißheim konzentriert worden, unter ihnen befanden sich auch Gewehre. Die Behörden waren über alles unterrichtet, die Waffensammlungen standen unter Aufsicht der Reichswehr. Wo die Waffen hingekommen sind, will der Zeuge nicht wissen. Später seien sie der Reichswehr übergeben worden.

Die „Arbeitskommandos“ habe man aus dem Gelde bezahlt, das dem Franzosen Ruge abgenommen worden sei.

Der Zeuge Schäfer bestreitet entschieden, daß der Blücher-Bund eine Geheimorganisation nach dem Muster der Tscheka eingerichtet habe, Ruge will nur geprüchelt eine solche Einrichtung gefordert haben. In die Vorgänge am Abend und in der Nacht, die der Ermordung Baus vorangegangen sind, will der Zeuge sich im einzelnen nicht erinnern. Es sei richtig, daß er mehrere Male des Nachts in der Wohnung Bergers in München gewesen sei. Ob er auch in der Mordnacht bei Berger gewesen sei, wisse er nicht mehr. Bei den Zusammenkünften in der Bergerischen Wohnung habe es sich nur um organisatorische Maßnahmen gehandelt. Baur habe der Zeuge nur einmal gesehen, es sei mit ihm niemals über Baur gesprochen worden, von seiner

irredentistischen Ideen ein Gebot der Gerechtigkeit sei und im höheren wohlverstandenen Interesse des Staates liege. Die in den Kursen geleistete Kulturarbeit bilde einen Markstein im Leben der polnischen Minderheit Oberschlesiens. Der Präsident sprach zum Schluß den Wunsch aus, daß aus dieser Kulturarbeit kräftige Impulse für ein gutes Verhältnis zwischen der Minderheit und der Mehrheit hervorgehen möchten.

Ratifizierung des Washingtoner Abkommens

— in Belgien!

Brüssel, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die belgische Kammer hat heute nach zweitägiger Debatte das Washingtoner Abkommen über den Achtfundentag mit 111 gegen 3 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen ratifiziert. (Wann wird auch der Deutsche Reichstag endlich so weit sein? Red. d. „Vorm.“)

Die belgische Steuerreform gesichert.

Die Sozialisten stimmen nach Verbesserung dafür.

Brüand hatte in seiner Rede vor der Abstimmung erklärt, der deutsch-russische Vertrag bedeute nach den Ermittlungen der französischen und englischen juristischen Sachverständigen keinen Verstoß gegen die Völkerverbündigung. Dieser Vertrag sei vielleicht eine inopportune Kundgebung, doch könnte Deutschland auch ohne diesen Vertrag so vorgehen, wie jetzt auf Grund des Vertrages. Bei Nichtvorhandensein des deutsch-russischen Vertrages wäre die politische Lage auch nicht anders, als wie der Senat sie angetroffen habe.

Ist das Abrüstung?

Heeres- und Flottenarsenale keine Friedensrüstungen!

Genf, 4. Juni. (B.Z.) Der Militärausschuß der Abrüstungskommission hat gestern in Fortsetzung seiner Beratungen über den Begriff der Friedensrüstungen zu dem Kapitel der Reserveträfte beschlossen, daß Reserveträfte von der Abrüstung betroffen werden sollen, daß dagegen Heeres- und Flottenarsenale nicht unter den Begriff der Friedensrüstungen fallen und in die spätere Abrüstung nicht einbezogen werden sollen. Die gegenwärtige, hauptsächlich von den deutschen und brasilianischen Militär- und Marinesachverständigen vertretene Auffassung, daß der Begriff der Friedensrüstung möglichst weit gefaßt werden müsse, wenn die Durchführung einer wirksamen Abrüstung später möglich sein soll, konnte trotz zielbewußter und klarer Darlegung ihrer Gründe nicht durchdringen.

Nach dem Rücktritt der schwedischen Regierung haben auch die beiden sozialdemokratischen Mitglieder der Staatlichen Arbeitslosen- und Arbeitsanweisungskommission sich mit dem Kabinett solidarisch erklärt und ebenfalls ihr Amt zur Verfügung gestellt.

Ermordung und den Zusammenhängen mit Ruge habe er erst später gehört.

Er selbst habe der Kriminalpolizei von den Gerüchten von der Ermordung Baus Kenntnis gegeben.

Auf verschiedene Fragen antwortet Schäfer u. a.: Ruge hat blutrünstige Vorträge gehalten, die wir deshalb einstellen mußten. Ich habe auch Zwengauer nur zweimal gesehen. Mit Ruge war ich nicht befreundet. Eine Mörderzentrale in Oberschlesien ist mir unbekannt. Ich war sehr viel auf Reisen. Ich weiß nicht, ob Baur mit Nachhaus bekannt war. Ich vermute, daß Berger mit Fuchs-Nachhaus auf eigene Faust aktivistische Pläne verfolgte.

Der Vorstoß verliert ein Flugblatt des Blücher-Bundes, das Abg. Bergsträßer überreicht. Schäfer erklärt das für eine Arbeit Ruge-Bergers und gibt dann eine Schilderung der Persönlichkeit Ruges. Er besch bei allem Mißtrauen eine pathologische Mitteilungssucht. Bei einer Besprechung in Schleißheim habe Nachhaus geäußert: „Heute müssen noch unsere Leute fallen!“ Berger habe Verärgertes nicht gesagt.

Dem Zeugen wird die Auslage der Brüder Berger entgegengehalten, wonach er doch in der Mordnacht in der Bergerischen Wohnung war, er will sich aber auch jetzt nicht darauf entsinnen.

Auf Antrag der Berichterstatter sollen zur weiteren Klärung dieser Vorgänge die Akten aus dem Prozeß Fuchs-Nachhaus angefordert werden.

Abg. Lepi hält dem Zeugen vor, daß ihm bei seiner Ankunft in München Anfang April 1923 gesagt worden sei, daß er an der Ermordung Baus beteiligt war. Der Zeuge erklärt, daß er damals diesen Verdacht sofort zurückgewiesen habe. Es sei durchaus möglich, daß von einzelnen Leuten

Eide auf Geheimhaltung geleistet

worden seien, es frage sich nur, von wem das geschehen sei. Er wisse nichts davon. Die Waffensammlung sei von ihm veranlaßt worden, er habe einzelne Personen damit beauftragt, eine besondere Organisation zu diesem Zwecke habe es nicht gegeben. Der Zeuge gibt zu, daß Berger geheime Dinge betrieben habe, er bestreitet aber, daß er ihm einen Auftrag dazu gegeben habe.

Als Zeuge erscheint dann der Kaufmann Hug, der in Schaffhausen geboren und noch heute schweizerischer Nationalität ist. Hug ist Mitglied des Blücher-Bundes, er war dessen Kassenswart und gehörte der Ortsgruppe Schleißheim an. Der Zeuge berichtet, daß die Gruppe Brüder Berger in München aus dem Blücher-Bunde wegen ihrer Beziehungen zu Fuchs-Nachhaus ausgeschlossen wurde. Zu der Gruppe Berger hätten die meisten Münchener Mitglieder gehört, aber nur die beiden Berger seien ausgeschlossen worden. Berger habe in einer Mitgliederversammlung einen Vorschlag zu den Satzungen dahin verfaßt, daß gegen alle Mitglieder vorgegangen werden solle, die nicht „deutsch“ seien. Von Verrätern sei im Blücher-Bunde niemals die Rede gewesen. Nach längerem Zögern gibt Hug zu, daß „vielleicht unter Mitgliedern“ über die Bestrafung von Bercal gesprochen worden sei. Er selbst war Anhänger der alten germanischen Feme, die aber keine Waffensammlung und kein Mordinstrument gewesen sei. Die Feme habe nur über „Abtrünnungen“ vom deutschen Gefühl zu urteilen gehabt. Der Zeuge sei noch heute dafür, daß eine geistlich gebildete Feme wie unter Karl dem Großen eingerichtet werden müsse. Die germanische „Edeltraffe“ müsse hochgebracht, die „Minderrolle“ aber zurückgedrängt werden. Diese Ideen habe Hug längere Zeit studiert, anderen Leuten wollte er sie nicht beibringen. Der Behauptung Kummlers, daß Hug einen Zusatz zu den Statuten beantragt habe: „Verräter verfallen der Feme“ widerspricht der Zeuge.

Abg. Lepi fragt den Zeugen, ob er etwa in Frankfurt gelebt habe, weil er doch mit deutschem französischem Akzent spreche. Hug behauptet, daß er niemals in Frankfurt gewesen sei. Auf weiteres Befragen erklärt der Zeuge, daß Ruge bei seinen Freunden immer als verschwommener Kopf gegolten habe.

Gewerkschaftsbewegung

Die Internationale der Scharfmacher. Der Schrei nach dem Staatsanwalt.

In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, dem Organ der Schwerindustrie, die zum General Degoutte wallfahrten, um ihn zu einer Aufhebung der Oberhoheit des Deutschen Reichs zu veranlassen, erschien folgende, auch von anderen Unternehmerblättern verbreitete Notiz:

„Von einer Zeche des nördlichen Ruhrgebiets wird berichtet: Der Betriebsrat unserer Zeche ließ sich vor einigen Tagen die Gesandlisten vorlegen. Diese Liste ist an sich ohne Bedeutung, wenn sie nicht augenscheinlich, und wie von den Leuten zugegeben wurde, der Feststellung gegolten hätte, ob infolge des englischen Bergarbeiterstreiks Kohlen nach England geliefert würden. Besondere Aufmerksamkeit schenkte man den nach dem Hamburger Bezirk gesandten Mengen. Wir wissen nicht, ob der Betriebsrat auf eigene Faust oder in höherem Auftrage gehandelt hat. Jedenfalls möchten wir den englischen Kohlenarbeiter sehen, der harmlos genug wäre, um das Schicksal eines deutschen Bergarbeiterstreiks besorgt zu sein.“

„Anfänglich dieses Vorgehens der Betriebsräte dürfte es an der Zeit sein, die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes (§ 16b) in Erinnerung zu bringen, wonach Angehörige einer Betriebsverwaltung mit Geldstrafen bis zu 1500 Mark oder mit Haft bestraft werden, wenn sie unbefugt vertrauliche Angaben, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse offenbaren, die ihnen als solche bezeichnet worden sind. Wer die Tat in der Absicht begeht, sich oder einem anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen oder dem Arbeitgeber Schaden zuzufügen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe bis zu 3000 Mark erkannt werden.“

Es ist wohl nicht anzunehmen, daß sich die Betriebsräte der Strafbarkeit ihrer Handlung bewußt gewesen sind. Tatsächlich würde aber eine Schädigung der Arbeitgeber — indirekt selbstverständlich auch der Arbeitnehmer — eintreten, wenn die Betriebsräte oder die hinter ihnen stehenden Gewerkschaften die Belegschaft dazu veranlassen würden, ihre Arbeitsleistung herabzusetzen oder den Abtransport von Brennmaterial in die bisher mit englischen Kohlen belieferten Gebiete zu behindern.“

Dieser Schrei der Zechenbesitzer nach dem Staatsanwalt, die sich die Ruhrbelegung mit 700 Millionen Goldmark bezahlen lassen und die Ruhrkämpfer mit Stilllegungen und Lohndruck abfinden, ist wirklich starker Tabak. In England wehren sich die Bergarbeiter gegen Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung. Unterliegen die englischen Bergarbeiter, dann wird es den englischen Zechenbesitzern auch ohne staatlichen Zuzuschuß möglich sein, die internationalen Kohlenpreise zu drücken. Daporn wird auch der deutsche Bergbau in Mitleidenschaft gezogen werden.

Was aber tun die deutschen Zechenbesitzer, um dieser Kalamität zu begegnen? Sie stellen die internationale Unternehmer солидарität höher als die Interessen des deutschen Bergbaues. Es geht gegen die Arbeiter! Das ist für die Leute, die die Parole: „Gott strafe England!“ ausgaben, Grund genug, um ihren englischen Konturrenten zu Hilfe zu kommen.

Die deutschen Bergarbeiter sind einsichtiger, man könnte sagen: nationaler, wenn dieses Wort nicht von den internationalen Kriegsverlängerern so in Verruf gebracht wäre. Es ist die ganze Ueberlegenheit des Sozialismus, daß bei ihm nationales und internationales Interesse zusammenfällt, daß die erfolgreiche Abwehr der englischen Bergarbeiter auch den deutschen Bergarbeitern zugute kommen würde. Deshalb hat der Deutsche Bergarbeiterverband die Parole ausgegeben, keine Heberschichten zu verschaffen. Es ist wahrscheinlich, daß die Zechenleitung, wo der Betriebsrat die Vorlegung der Berandlisten verlangte, von den Bergarbeitern Heberschichten verlangt hätte, weshalb der Betriebsrat sich verweigern wollte, daß man keine Streikbrecherarbeit verlangt. Das ist ein ganz natürlicher, bei allen Lohnkämpfen üblicher Vorgang.

Es ist bezeichnend für die Geistesverfassung der Zechenbesitzer, die kein Geld haben, um die Arbeiter menschenwürdig zu entlohnen, aber nie knapp an Mitteln sind, um Fememörder und Putschisten auszuhalten, daß die Zechenbesitzer es schon als Verbrechen ansehen, wenn die Arbeiter die gesetzliche und tarifliche Arbeitszeit einhalten. Es könnte ja vorübergehend der Profit geschmälert werden! Ein solches Verbrechen kann gar nicht scharf genug bestraft werden. Dieselben kalkelmännigen Anbieter des goldenen Kalbes stellen sich dann

hin und klagen pharisäerhaft über den „Materialismus“ der sozialdemokratischen Arbeiter, dieser Arbeiter, die aus internationaler Solidarität sich Entbehrungen auferlegen.

Die Bütow-Werke gegen die Arbeiter. Man soll es aber nicht sagen.

Die Lebensmittelwerke Bütow in Mecklenburg liefern bekanntlich dem Beamtenwirtschaftsverein Streikbrot. Soweit man über die Beziehungen zwischen der Bütow-Bäckerei und dem Beamtenwirtschaftsverein klar sehen kann, hat dieser die Bäckerei in Bütow gepachtet, wo auf Teufel komm raus gebacken wird. Sogar nachts wird gebacken. Vier Bäcker, die sich weigerten, geschwindig nachts zu backen, wurden entlassen.

Hier in Berlin will nun der Inhaber der Bäckerei in Bütow seine erbärmliche Handlungsweise gegenüber den gemahregelten und streikenden Bäckern des Beamtenwirtschaftsvereins nicht wahr haben. Einem Lebensmittelhändler, der unsere Notiz „Bütow-Brot“ ausgehängt hat, droht er mit einer Schadenersatzklage. Er will um 2000 M. geschädigt worden sein. Um wieviel er die streikenden Bäcker geschädigt hat, davon spricht der gute Mann nicht. Er glaubt für sich das gute Recht in Anspruch zu nehmen, Arbeiter,

SPD.-Metallarbeiter! Besucht Eure Wahlkörperversammlungen!

Die den 1. Mai feiern und deshalb von der hakenkreuzerischen Leitung des Beamtenwirtschaftsvereins gemahregelt werden, in den Rücken fallen zu können, will aber nicht, daß die Öffentlichkeit davon unterrichtet wird.

Wir stellen deshalb nochmals die Tatsache fest: Im Beamtenwirtschaftsverein werden Arbeiter gemahregelt, weil sie den 1. Mai feiern. Der Inhaber der Lebensmittelwerke Bütow stellt diese gegen entsprechende Zahlung der Leitung des Beamtenwirtschaftsvereins zur Verfügung, um die Arbeiter, die sich in der Knecht befinden, auszuhungern. Wer jetzt noch direkt oder indirekt die Bütowwerke und die Leitung des Beamtenwirtschaftsvereins unterstützt, stellt sich bewußt in Gegensatz zur organisierten Arbeiterschaft.

Der Kampf im Rummelsburger Kraftwerk.

Die Eisenkonstruktionsarbeiter beschäftigten sich am Donnerstag in einer Versammlung im Metallarbeiterverbandshaus eingehend mit dem Streik im Rummelsburger Kraftwerk. Der Branchenleiter Stahl zeichnete noch einmal ein genaues Bild von den Ursachen des Streiks und den Bemühungen der Organisation, den Streik beizulegen. Einzig und allein an der arbeitereindlichen Einstellung der Metallindustriellen liegt es, daß der Streik nun schon über fünf Wochen anhält. Der Organisationsvertreter, Genosse Fuchs, sicherte den Streikenden die weitere Unterstützung des Metallarbeiterverbandes zu und forderte die anwesenden Vertreter der Betriebe auf, für die von der Organisation herausgegebenen Sammellisten recht rege Propaganda zu machen. Dieser Streik in Rummelsburg muß im Interesse der gesamten Berliner Metallarbeiterschaft zum siegreichen Ende geführt werden. Es wird von den Vertretern der Berliner Metallbetriebe, insbesondere der Großbetriebe, erwartet, daß sie die im Bureau des Metallarbeiterverbandes erhältlichen Sammellisten umgehend abholen und in den Betrieben in Umlauf setzen werden. Durch die praktische Solidarität der Berliner Metallarbeiter muß der Kampf in Rummelsburg gewonnen werden.

Tagung des internationalen Bergarbeiterkomitees.

Brüssel, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Internationale Bergarbeiterkomitee besprach am Freitag ausführlich die Streiklage in England. Anwesend waren aus Deutschland Husemann, Limberg und Dr. Berger, aus England Smith, Richardson und Cool, sowie der internationale Sekretär Frank Hodges, ferner Vertreter der Bergarbeiter aus Belgien, Frankreich und Holland. Cool, der mit einer kurzen Verspätung im Flugzeug ankam, überbrachte dem Vorsitzenden des Britischen Bergarbeiterverbandes Smith das Schreiben des Verbandes englischer Grubenbesitzer, worin eine gemeinsame Konferenz zur Regelung des Konfliktes angeregt wird. Einleitend berichtete Hodges dann über

die internationale Solidaritätsaktion

zur Unterstützung der englischen Kameraden. Sie hat überall eingeleitet, sowohl in der Form der finanziellen Unterstützung wie durch Unterbindung der Kohlenzufuhr nach Eng-

land. Tatsächlich sind bisher keine nennenswerten Kohlenmengen nach England gelangt. An Geldunterstützungen sind bisher rund 400 000 Pfund Sterling an die britischen Bergarbeiter abgeführt worden, davon allerdings 350 000 aus Rußland. Deutschland hat 100 000 M. geschickt und weitere 100 000 M. angekündigt, Amerika 50 000 Dollar, Belgien 100 000 Franken und weitere 100 000 in Aussicht gestellt, die Tschechoslowakei 1000 Pfund, Oesterreich 150 Pfund, Holland schickt wöchentlich 100 Pfund. Ueber

die Streiklage

berichtete Smith. Er erklärte, daß bei den britischen Bergarbeitern unverbrüchliche Einigkeit herrsche und feste Entschlossenheit, sich den Versuchen der Unternehmer, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken, bis zum Ende zu widersetzen. Als Vertreter des Internationalen Transportarbeiterverbandes versprach Nathan-Amsterdam die weitere Hilfe seiner Organisation bei der Unterbindung der Kohlenzufuhr nach England. Eine neue Sitzung des Internationalen Komitees wird am 23. Juni in London stattfinden.

Nur wenn der Hunger sie zwingt . . .

London, 4. Juni. (W.T.B.) Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Cool, sagte gestern in einer Rede, die Vertreter der Bergleute würden jede Einladung zu einer baldigen Erörterung eines Ausgleichs begrüßen, aber sie würden sich keinesfalls auf Verlängerung der Arbeitszeit oder Herabsetzung des Lohnstandards einlassen. Sie würden nur nachgeben, wenn sie durch Hunger dazu gezwungen würden, und das werde noch lange Zeit dauern. Cool verlangte Nationalisierung des Bergbaues, für die sich auch Macdonald gestern in einer im Bergwerksbezirk gehaltenen Rede aus sprach.

Die Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag hat die Internationale Arbeitskonferenz mit 61 gegen 39 Stimmen die ersten sieben Artikel der Vorlage über die Auswanderer-aussicht an Bord als Konvention sowie den Artikel 9 betreffend die Beigabe von weiblichen Inspektoren als Gesetzesorschlag und den Artikel 8 betreffend die Beigabe von Dolmetschern als Entschlieung angenommen. Die Schlussabstimmung findet statt, wenn die Vorlage die Redaktionskommission passiert hat. Da in der Schlussabstimmung die Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, diese aber kaum aufgebracht werden dürfte, ist vorzusehen, daß die Konvention als solche von der Konferenz verworfen und das Ganze nur als Gesetzesorschlag Gnade finden wird.

Außerdem hat die Konferenz mit 65 gegen 37 Stimmen einen Beschluß über die Ausführung von Artikel 408 der Arbeitsverfassung gefaßt, wonach die Konferenz jährlich zur Prüfung des Berichtes der Regierung über ihre Durchführung der ratifizierten Konventionen ein Kommissionsmitglied einsetzt. Um die Richtlinien dieser Prüfung festzusetzen, soll eine Anzahl vom Arbeitsamt zu bezeichnender Sachverständigen eingeleitet werden.

Von den Anträgen zur Revision des Geschäftsreglements wurde derjenige, wonach die familiären Konferenzdelegierten an den Kommissionsitzungen ihrer Gruppe ohne Stimmrecht teilnehmen können, mit 67 Stimmen angenommen, während alle anderen Revisionsanträge nochmals dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes überwiesen wurden.

Firma Dins, Reinfendorfer. Alle entlassenen Arbeiter, die nach Restforderungen haben, müssen zu der heute, Sonnabend, um 2 1/2 Uhr in der Wartburg einberufenen Betriebsversammlung erscheinen. Der Arbeiterrat.

Gastwirtschaftsbetriebe. Die Sperre über das Restaurant Schulf- heiß-Bierhallen, Inhaber Preuß, Kolonnenstr. 52, ist aufgehoben.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Calveaux; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: R. A. Böckel; Soziales und Sonstiges: Fritz Rarhödt; Russische: Ed. Glade; Familien in Berlin, Berlin: Borwärtis-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Paul Eiser u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.



Komet-Freilauf
beseitigt die Sturzgefahr auf schlupfrigen Straßen

Fortsetzung des grossen Verkaufs für Sport und Reise

Wir veranstalten vormittags 11 Uhr und nachmittags 4 Uhr Leipziger Strasse (1. Stock) und Alexanderplatz (2. Stock)

Modevorführungen in Sommerbekleidung, Badebekleidung, Sportbekleidung

Karten für die Vorführungen werden an den Kassen der Damen-Konfektions-Abteilungen kostenlos verabfolgt.

Beachten Sie

unser

Sonntags-Inserat
es bietet Ihnen

aussergewöhnliche Vorteile
Heute Vorverkauf

HERMANN TIETZ
Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

Wochenendausflug auf der Ostsee
Sonnabend, den 12. u. Sonntag, den 13. Juni
Ausflug von Berlin nach Rügen 20.- M.
Sämtliche Kosten einbegriffen, wie Eisenbahnfahrt III. Klasse, Dampferfahrt, Verpflegung einschl. Trinkgeld, Familienbad, Tanzkapelle an Bord. Ausführliche Prospekte in den Reisebüros der Warenhäuser Hermann Tietz.

Stadthaushaltsberatung.

Eine Attacke der Unternehmer gegen die kommunalen Arbeitsnachweise.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung begann gestern mit der zweiten Beratung des Stadthaushaltplanes, sie kam aber damit noch nicht weit. Längere Auseinandersetzungen gab es bei dem Kapitel „Handel und Gewerbe“, wo die Deutschnationalen ihren Innungsoberrichter Paeth beauftragt hatten, über das Landesarbeitsamt zu schimpfen. Aus seinem Gerede sprach der ganze Haß des Unternehmers gegen die kommunalen Arbeitsnachweise, die sich natürlich nicht als Werkzeug für die Machtgelüste der Arbeitgeber gebrauchen lassen. Stadtrat Genesse Brühl wies in seiner Erwiderung auf die hohe Bedeutung der Tätigkeit des Landesarbeitsamtes und der Arbeitsnachweise hin und auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, die aus der raschen und überaus starken Zunahme der Arbeitslosenziffer sich ergeben mußten. Einen schärferen Ton schlug Stadtverordneter Genosse Reimann an, dessen Antwort an die Deutschnationalen von diesen mit wütendem Lärm begleitet wurde. Als auch der Demokrat Merien feststellte, daß die Leistungen des Arbeitsamtes auf dem Gebiet der Arbeiterfürsorge, der Arbeitsvermittlung und der Tarifberatung alle Anerkennung verdienen, trat Herr Paeth den Rückzug an.

Zu Beginn der gestern abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurden zunächst 26 Stadtverordnete zur Teilnahme an der Sitzung des Hauptausschusses des preussischen Städtetages in Düsseldorf delegiert. — Unter nicht gerade großer Aufmerksamkeit der Stadtverordneten wandte sich die Versammlung der

Beratung der Etatstitel

zu, die aus den vorbereitenden Ausschüssen bereits zurückgekommen waren. Das Kapitel öffentliche Beleuchtung, Straßenreinigung, Park- und Friedhofswartung und Bestattungsweisen wurde nach einem kurzen Bericht des Stadts. Lange (3.) ohne Debatte angenommen. Beim Kapitel

Handel und Gewerbe

erhebt Stadts. Paeth (Dn.) Klage über die angeblich zu hohen Verwaltungskosten der Bezirksarbeitsnachweise und der städtischen Berufsberatung. Er sprach von einer „Aufblähung des Beamtenapparates“ und forderte einen Abbau der Bezirksarbeitsnachweise. Sein Fraktionsgenosse, der deutschnationale Arbeitersekretär Bartels, brachte Angriffe gegen Arbeitslose zur Sprache. Nach seinen Angaben sollen im Arbeitsnachweis in der Gormannstraße diese Arbeitslosen von anderen Arbeitslosen angegriffen worden sein. Jurist von der Tribüne und von der Linken des Hauses wiesen darauf hin, daß es sich um provozierend auftretende Hakenkreuzler gehandelt habe, die in einen etwas lebhaften Disput mit andersdenkenden Leidensgefährten geraten waren. Als Stadts. Preißing (A.D.) gegen den Redner polemisierte, kam es zu einem Krach zwischen Rechts und Links, den der Vorsteher, Genosse Haß, eine Zeitlang vergebens zu schlichten suchte. Als Magistratsvertreter sprach der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes Berlin, Stadtrat Genosse Brühl. Er betonte gegenüber dem Stadts. Paeth, daß es nicht darauf ankomme, nur festzustellen, sondern es müsse an der Abänderung etwa bestehender Mängel mitgearbeitet werden. Das eine aber müsse mit allem Nachdruck endlich mal betont werden,

daß es wirklich keine Kleinigkeit war, 250 000 Arbeitslose über diesen Winter hinwegzubringen.

Nirgends ist etwas passiert, nirgends ist es zu dem geringsten Kramall gekommen. Die Bezirksarbeitsämter und -nachweise haben ihre Aufgabe, die wirklich nicht nur in Arbeitsvermittlung und in der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung besteht, geradezu musterhaft erfüllt. Bewundernswert ist es, was die Bezirke, die Stadts. Paeth eben angegriffen habe, geleistet haben in der Beratung Erwerbsloser, im Bestehen an Hilfesuchende, in der geistigen und materiellen Aufrichtung Verzweifelter. Wenn wirklich hier

und dort einmal nicht alles nach Wunsch ging, wenn einmal Leute ungenügend unterstützt oder gar abgewiesen werden mußten, so sind nicht zuletzt die geltenden gesetzlichen Bestimmungen daran schuld. Schließlich müsse man doch auch bedenken, daß Arbeitslose nur — Menschen sind! — Der folgende Redner, Genosse Reimann, nahm sich Herrn Obermeister Paeth ganz gehörig vor. An dem umfangreichen Zahlenmaterial, das Paeth vorgebracht habe und das eine umfangreiche Vorarbeit und Ausarbeitung voraussetze, lehne man, was die Unternehmer es sich kosten lassen, wenn es gelte, gegen Einrichtungen zu Felde zu ziehen, die nicht den Beifall der Unternehmer fänden. Warum haben Sie, Herr Paeth, ihre Anstände nicht in den Ausschussberatungen vorgebracht, fragte Genosse Reimann den Obermeister. Dort hätten Abänderungen, wenn sie nötig sein sollten, beschlossen werden

Forderungen zum Schulaufbau Zur Beachtung für die Elternbeiratswahlen.

Für brennende Gegenwartsforderungen sich einzusetzen, gilt es bei den Elternbeiratswahlen. Wer das will, hilft den Freunden des „Schulaufbaus“ nachstehende Forderungen durchzusetzen:

1. Kampf gegen den Schulabbau.
2. Keine Erhöhung der Klassenfrequenzen.
3. Ausreichende Bekleidung aller kranken und unterernährten Kinder durch Schulpejnung, Versorgung Bedürftiger mit Kleidung.
4. Unentgeltliche ärztliche Behandlung (Ausbau des Schularzt- und Schulschwefelnetzes).
5. Ausreichende Heizung, Säuberung und Belüftung der Schulen.
6. Beschaffung und Lieferung der notwendigen Lehr- und Lernmittel durch Gemeinde und Staat.
7. Schulgeldfreiheit.
8. Aneingeschränkte Erhaltung der Grundschule.
9. Soziale Einheits- und Arbeitsschule.
10. Kampf gegen die Verkürzung der Schule.
11. Durchführung der Lehrerbildung im Sinne der Reichsverfassung.
12. Kampf gegen die politische Vergiftung der Jugend.

Wählt Liste Schulaufbau!

können. Jetzt hier im Plenum solche Reden gegen kommunale Einrichtungen zu halten, sei leicht, bringe aber keinen Vorteil für die Sache. Bei den Angriffen gegen die Arbeitsnachweise komme es den deutschnationalen Unternehmern nur darauf an, sie zu verunglimpfen, um schließlich doch noch die Nachweise in ihre Hand zu bekommen. Wenn tatsächlich noch nicht alles nach Wunsch ginge, so sei besonders schuld daran die Umgehung der Arbeitsnachweise durch die Unternehmer.

Den Camentationen Paeths über die hohen Kosten für die Arbeitsnachweise und die Erwerbslosenfürsorge stellte Genosse Reimann die unerschämten Forderungen der deutschen Fürsten gegenüber.

(Großer Lärm rechts!) Dort gelte es für die Arbeitslosen als Opfer einer kapitalistischen Wirtschaftsweise einzutreten und ihnen zu helfen. Den Fürsten aber wünschen die Deutschnationalen Millionen und aber Millionen in den unerfülllichen Taschen zu werfen. Wir Sozialdemokraten stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß der Ertrag der Arbeit auch den Arbeitenden und damit dem Volke wieder zugute kommen müsse. Unser Redner trat dann für einen Antrag unserer Fraktion ein, der bei dieser Gelegenheit mit beraten wurde, der verlangt, daß Arbeitsnachweise nicht in Verbindung mit gas-

wirtschaftlichen Betrieben stehen dürfen. Am Schluß seiner mit großer Aufmerksamkeit auf genommenen Rede sprach Reimann dem Landesarbeitsamt und den Bezirksarbeitsämtern den Dank für ihre außerordentlich schwere Arbeit

aus. Wenn auch noch lange nicht alles nach dem Willen der Sozialdemokraten ginge, so stehen wir nicht an, rückhaltlos anzuerkennen, was von den genannten Stellen im Interesse der Erwerbslosen getan worden ist. Wir schulden Dank nicht nur den Leitungen der Institute, sondern allen Beamten und Angestellten, die Arbeit an den Arbeitslosen getan haben. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte!) In der Abstimmung wurde der Antrag der Deutschnationalen auf Zurückweisung an den Haushaltsausschuß abgelehnt, dagegen wurde der Titel nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Bei der Beratung des Etatabschnittes Jugendfürsorge gibt Genossin Lodenhagen den Bericht. Die Stadts. Hoffmann-Gwinner (A.P.D.) bringt dabei Beschwerden, die sich bei der Verschickung von Kindern aufs Land ergeben haben, vor. Seltsam von der gleichen Fraktion erhebt ebenfalls Klage über Mißstände bei der Jugendfürsorge; die einzelnen Fälle behandelt der Redner mit größter Beischwerflichkeit und bringt schließlich all die gewohnten kommunistischen Redensarten vor. Der Redner reicht schließlich einen Antrag ein, der verlangt, daß zur Überwachung der kommunalen Fürsorgeanstalten ein Ausschuß von neun Stadtverordneten auf paritätischer Grundlage gewählt wird, dem jedoch ohne vorherige Anmeldung die Kontrolle möglich sein soll. Stadträtin Genossin Wepl trat den Angriffen gegen ihre Verwaltung entgegen. Nach dem Schlußwort der Genossin Lodenhagen wurde die Abstimmung vertagt. — In vorgeschriebener Stunde wandte sich das Haus der Beratung des Etats für die Hoch- und Tiefbauverwaltung zu.

Der Ankauf der Hochbahn beschlossen.

Zustimmung der gemischten Deputation.

Gestern hat die gemischte Deputation für die Finanzierung der U.S.-Schnellbahn nach einer verhältnismäßig kurzen Debatte grundsätzlich ihre Zustimmung zu dem zwischen der Stadt und der Hochbahn abgeschlossenen Vertragsentwurf erklärt. Für die Deutschnationalen gaben eine kurze Erklärung ab, daß sie in dieser Transaktion eine weitere Kommunalisierung der Verkehrsunternehmungen sähen, gegen die sie aus grundsätzlichen Erwägungen heraus stimmen müßten. Alle anderen Fraktionen erklärten sich mit dem Vertragsentwurf einverstanden. Der Entwurf wird infolgedessen in der nächsten Woche vom Magistrat offiziell verabschiedet und der Stadtverordnetenversammlung als Vorlage zugeleitet werden. Man kann damit rechnen, daß er dann noch im Laufe dieses Monats vom Plenum der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden wird. Einige kleinere Unstimmigkeiten, die noch übriggeblieben sind, werden bis dahin auch beseitigt sein können.

Die nächste Folge der Annahme dieses Vertragsabschlusses wird sein, daß die Stadt Berlin über die unbestrittene Majorität in der Generalversammlung verfügen und auch den Aufsichtsrat mit einer starken Majorität städtischer Vertreter besetzen wird. Infolgedessen wird es der Stadt möglich sein, alle Verkehrsunternehmungen (die Abzug-Majorität ist im Besitz der Hochbahn eingeschlossen) einheitlich zu leiten, Konkurrenzgesichtspunkte auszuschalten und mit höchster Wirtschaftlichkeit zu arbeiten. Das nächste wird sein, daß die erweiterte Hochbahngesellschaft, deren Aktienkapital durch die Übernahme der bisher städtischen Linie um ein beträchtliches erhöht wird, sich um die Aufnahme einer größeren Anleihe voraussichtlich im Ausland bemühen wird. Dann wird es möglich sein, den von der Stadt jetzt schon mit größter Energie betriebenen Ausbau des Schnellbahnsystems so zu beschleunigen, daß nicht nur die U.S.-Schnellbahn, sondern auch eine weitere Ost-West-Verbindung (Alexanderplatz—Potsdamer Platz) sowie die Verbindung Moabit—Tropium in beschleunigtem Tempo fertiggestellt wird. Daran wird sich dann sofort die Verlängerung der vorhandenen Linien nach den Außenbezirken anschließen. Jedenfalls wird in alle diese Dinge ein ganz anderes Tempo als bisher kommen.

Das ist auch der Grund, weshalb der Vertragsentwurf in der gemischten Deputation schließlich von allen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen angenommen worden ist. In materieller Beziehung bedeutet er zunächst für die Stadt eine nicht unerhebliche



„hm, nicht schlecht,“ sagte Knorke belustigt, „ich würde sicher zum Tode verurteilt und kann mich einstweilen wohl als erschossen ansehen.“

Frihe rief: „Bei uns gibt's keine Todesstrafe!“

„Rein,“ setzte Karle wieder eifrig ein, „wohl hat uns der Lehrer in der Verfassungskunde erklärt, daß allerdings im Weimarschen Grundgesetz noch die Todesstrafe steht, die müsse und würde aber sehr bald herauskommen.“

„Menschen töten,“ mischte sich Anneliese ein, „wäre kein Kunststück. Das könne auch ein toller Hund, sagt unser Fräulein. Aber sie zu bessern, dazu gehöre menschliche Vernunft.“

„Alle Weiter,“ fuhr es aus Knorkes Munde, „mir scheint wirklich, die ganze Knorkesche Entente ist gegen mich schon mobil gemacht, oder, Olfen, bist du noch neutral?“

„Na,“ meinte Mutter, „du komm man rin Kaffee trinken!“

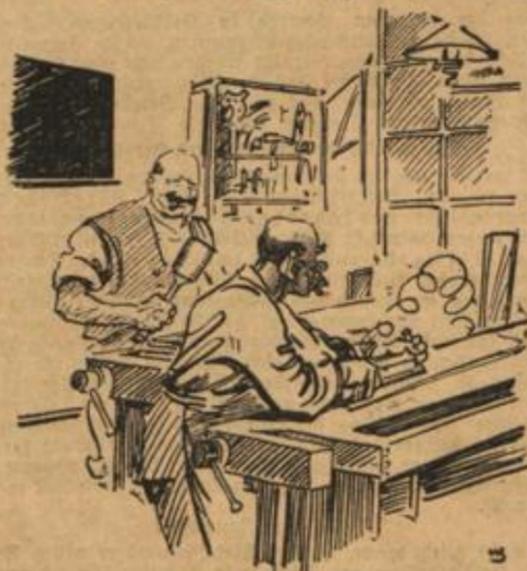
Wieder waren einige Wochen vergangen. In der Familie herrschte, außer bei Vater Knorke, große Aufregung.

Frihe hatte vom „Kamerad“ Pfeil, der den Vermittler gemacht hatte, den Fünflampenapparat mitgebracht. Die Witwe hatte ihrem Sohn nach Schweden geschrieben, für wen der Lehrer den Apparat haben wollte, und so hatte man ihn unverhofft billig erhalten, so daß das Geld noch zu zwei Paar Hörnern langte und somit bei der ganzen Familie alle Ohren gedeutet waren. Aber auch der letzte Sparpfennig war aufgebraucht, denn Vater Knorke war in letzter Zeit sehr genau geworden. Mutter behauptete, er gebe zu viel für die neue Schule aus.

Sonnabends, wenn zeitig Feierabend war, ging Vater mit seinem Handwerkzeug und einem Arm voll Pfählen zur Schule. Dort wurde mit noch einigen arbeitslustigen Kollegen alles mögliche: Wertische, Werkzeuge, Hobelbänke, Schränke usw. gebaut. Reichte der Sonnabend nicht aus, wurde auch der Sonntag vormittag dazu genommen, so daß die neue Schule trotz des Fehlens der Mittel zum Erstaunen des reaktio-

nären Schulkrats sich zu einem Musterinstitut ersten Ranges entwickelte.

Auch Mutter war mit Anneliese schon häufig nachmittags zur Schule gegangen und hatte geholfen, dieselbe auszustatten. An einem Teil der Fenster hingen sogar Gardinen, und auf



den Toiletten Handtücher. Da Mutter Knorke in der Jugend die Weisknäherlei erlernt hatte, half sie der Lehrerin bei ihrer Arbeit. Die elf Nähmaschinen im Rißsaal waren immer besetzt, wenn nicht von Schülerinnen, so von arbeitslosen Mädchen und Frauen, die hier für Haus und Schule stifteten, stifteten und schneiderten.

Allem aber setzte die Krone auf, daß der Rektor und seine Frau mit unermüdlichem Bienenfleiß von Geschäftsleuten, welche die freie Schule fördern wollten, Stoffe herbeischafften, die sie unentgeltlich an die Kinder und Arbeitslose abgeben konnten.

Vater und Mutter Knorke besuchten nicht nur alle Veranstaltungen der Schule, sondern nahmen zwanglos und ungeniert, aber um so mehr interessiert öfter an dem Unterricht teil. Und nicht nur sie allein. Hier war wirklich in jeder Be-

ziehung der Kontakt zwischen Eltern und Lehrer resp. Elternhaus und Schule zum Wohle und Gedeihen der Kinder vorhanden.

Da, vier Tage vor Vaters fünfzigstem Geburtstag, bis zu dem von der ganzen übrigen Familie schon die Stunden gezählt wurden, schlug in den Clou dieses Tages, den Fünfröhrenapparat, wieder ein Blitzstrahl, der dieses Mal nicht von einem mütterlichen Donnerwetter ausging, sondern von Vater Knorkes Gesicht, das wie eine Sonne strahlte, als er am Abend mit einem Paket nach Hause kam.

Frihe, der wie die andern wieder bei der Mutter in der Küche hockte, wurde vom Vater in die Stube gerufen. Er riegelte die Tür ab, legte den Zeigefinger auf den Mund und wickelte einen nageleuten Dreiröhrenapparat aus. Frihe stand mit so entsetztem Gesicht dabei, daß Vater verwundert fragte: „Na, er gefällt dir wohl nicht?“

Frihe hatte Mühe, sich nicht zu verraten, und sagte kleinlaut: „Ach ja — aber —“

„Na, was aber? — Was machst du denn für ein dummes Gesicht? Ich habe dir gerade ihn zuerst gezeigt, weil du stets die meiste Freude und das größte Interesse am Rundfunk gehabt hast.“

„Ja,“ sagte Frihe, nach einer Ausrede suchend, „ich habe — nur — Bange, Mutter wird wieder schimpfen.“

„Meinst du?“ fragte Vater kleinlaut.

„Beißte was, Vater,“ fuhr es plötzlich aus Frihe heraus, „verstecke ihn und hole ihn erst zu deinem Geburtstag hervor. An dem Tage schimpft sie so leicht nicht.“

„hm,“ brummte der Vater, sichtlich enttäuscht.

„Bist ja 'n ganz schlauer Kerl — aber — wo soll ich ihn unterbringen, damit ihn Mutter nicht findet, die doch zu solchem hohen Festtage alle Ecken und Winkel um- und ausgeht?“

„Bist ihn mir man,“ erklärte Frihe resolut, das Ding wieder einpackend, „ich stelle ihn in unsere Kammer zu unseren Geschenken. Da geht Mutter bestimmt nicht bei.“

Und ehe der Vater eine Antwort geben konnte, trat er schon das Paket hinein.

An dem sonst fröhlichen Abendisch wollte heute keine Stimmung aufkommen. Mutter und Geschwister merkten Vater und Frihe an, daß beide irgend etwas drückte. Erstere hatte Frihe beiseite genommen, aber nur die leise Antwort erhalten: „Jetzt nicht, Vater paßt auf. Morgen.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Bitte Eurer Kinder: Denkt an uns! Schulaufbau!

Belastung. Außer einer Dividendengarantie von 7 Proz. muß die Stadt für die nächsten fünf Jahre, erstmalig am 1. Juli 1927, eine Zuschuldende von 4 Proz. an die bisherigen privaten Aktionäre auszahlen. Das bedeutet für fünf Jahre eine jährliche Mehrbelastung von 3,2 Millionen Mark. Dabei ist es noch durchaus fraglich, ob das Unternehmen aus eigener Kraft eine Dividende von 7 Proz. abwerfen kann und ob nicht auch hier Zuschuldungen sich als notwendig herausstellen werden. Nach fünf Jahren kann die Stadt allerdings die Aktien entweder durch Barzahlung oder durch Übergabe einer dem Werte der Barzahlung entsprechenden Kommunalobligation aufkaufen. Es wird ganz von der Zinsentwicklung abhängen, wie die Stadt nach fünf Jahren bei dieser Transaktion absteht.

Die sozialdemokratischen Vertreter haben den Abmachungen — ohne jede Begeisterung — schließlich zugestimmt, weil hier endlich die Möglichkeit gegeben war, eines der großen Ziele der sozialdemokratischen Kommunalpolitik, die Vereinfachung des Berliner Verkehrs in der Hand der Stadt weiter zu fördern. Die nächste Etappe nach dem Ausbau des Untergrundbahnnetzes wird die Herstellung einer weiteren engen Verbindung mit dem Schnellbahnhalt des Reichsbahns sein, dessen Elektrifizierung in den nächsten Jahren sicher vollzogen werden wird. Nebenfalls kann man hoffen, daß wir im Berliner Verkehrsweisen in den nächsten Jahren bedeutende Fortschritte machen werden und daß die Verhältnisse einer weniger lasträchtigen und zielbewußten Stadtverwaltung der Vergangenheit heute unter dem starken Druck des gestiegenen sozialdemokratischen Einflusses verhältnismäßig schnell nachgeholt werden.

„Massagealon für Herren.“

Martyrium eines Knaben. — Die Mutter als Kupplerin.

In einem Abgrund tiefter Verkommenheit ließ eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Schöneberg bilden, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden mußte. Es entrollte sich das Bild der widerwärtigen Zuneigung einer 52-jährigen Frau zu einem zwölfjährigen Knaben, der überdies noch aus schändlicher Habgier verurteilt wurde.

Angelagt war eine Frau Beatrice Bender, die in der Kollendammstraße einen Massagealon für Herren unterhielt. Von einer ihrer „Gehilfinnen“ hatte sie im Jahre 1919 den damals sieben Jahre alten unehelich geborenen Sohn Max zu sich genommen. Dem bildhübschen Jungen ließ sie eine sehr gute Erziehung angehen und schickte ihn sogar auf das Gymnasium. Der arme Junge mußte aber den „Kunden“ des Massagealons, der reichlich mit allen Marterwerkzeugen ausgestattet war, bei den entsprechenden Handlungen Hilfeleistungen machen. Mit 12 Jahren machte die Angeklagte den Knaben zum Opfer ihrer eigenen Gier. Schließlich wurden Nachbarn auf das Treiben in dem „Massagealon“ aufmerksam und erstatteten Anzeige bei der Kriminalpolizei, so daß eines Tages die Kriminalpolizei das Kuppelnest ausübte. Leider gelang es nicht, die Kunden, die das Kind so schändlich mißbraucht hatten, zu ermitteln, wohl aber mußte sich jetzt die Mutter selbst unter der schweren Anschuldigung des Sittlichkeitsverbrechens an einem ihr zur Erziehung anvertrauten Kinde unter 14 Jahren und wegen schwerer Kuppelerei verantworten. Die Angeklagte wird von einem wahren Viehesparozismus zu dem jetzt neizehnjährigen Knaben beherrscht. Noch schlimmer als die Schuld der Angeklagten war die der Mutter des Kindes, denn es ergab sich, daß alles mit Wissen der eigenen Mutter geschehen war und daß diese von dem Anteil an dem Sündengebäude geteilt hat. Die Folge dieser Enthüllungen wird sein, daß auch gegen die Mutter, eine gewisse Brauh, nachträglich Anklage erhoben werden dürfte. Nach dem Gutachten des Gefängnisarztes Dr. Hirsch ist die Angeklagte eine moralisch vollkommen minderwertige Person, aber nicht geisteskrank. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Reimer beantragte 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus. Das Gericht billigte der Angeklagten aber inwidernde Umstände zu und erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Das erschwerende Moment des Mißbrauchs eines zur Erziehung anvertrauten Kindes mußte fallengelassen werden, weil der Knabe unter ständiger Aufsicht der Mutter geblieben war.

Der Wasserfall im Victoria-Park auf dem Kreuzberg ist seit 1. Juni wie folgt im Betrieb: In den Monaten Juni und Juli von 1 bis 8 Uhr nachm., im August von 12 bis 7 Uhr nachm., und zwar an folgenden fünf Tagen: Dienstag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend und Sonntag.

Industrialisierung des Wohnungsbaues.

Unter Leitung des Genossen Leipart hielt die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gegründete Demog. Deutsche Wohnungsfürsorge N. O. für Beamte, Angestellte und Arbeiter, ihren ersten Wohnungsfürsorgetag im Reiterhof ab. In seiner Begrüßungsrede wies Genosse Leipart darauf hin, daß die Gewerkschaften sich ganz auf den Boden der Richtlinien stellen, die der Deutsche Städtetag in seiner Tagung am 9. April aufgestellt habe. Sie wünschten eine Senkung der Baukosten, die Aufstellung eines Wohnungsbauprogramms für längere Zeit, die Verteilung der Bauausführungen derart, daß auch die Zeiten schlechter Konjunktur mit ihnen ausgefüllt werden und eine Rationalisierung der Bauweise selbst. Es sei notwendig, daß die Regierung diesen Fragen nicht nur mit Wohlwollen gegenüberstehe, sondern mit geöffneter Hand.

Stadtbaurat a. D. Dr. ing. Martin Wagner, der über das Thema „Städtische Großsiedlungen, Wege der Baukostenreduktion durch Rationalisierung des Wohnungsbaues“ sprach, wies darauf hin, daß es notwendig sei, ein billigeres Bauen zu ermöglichen. Es müßten Hausbaulaboratorien eingerichtet werden, in denen die verschiedensten Baumethoden durchprobiert werden könnten. Das billigere Bauen darf kein schlechteres Bauen bedeuten, sondern nur, daß mit weniger Arbeitskraft und mit weniger Kapital besseres erreicht werde als bisher. Dazu sei vor allen Dingen eine

Massenproduktion notwendig.

der Serienbau müßte gefordert werden, es müßten leistungsfähige Großauftraggeber vorhanden sein, und eine lückenlose Beschäftigung des Baumarktes während des ganzen Jahres würde ebenfalls zu einer erheblichen Verringerung der Baukosten beitragen. Schon die Forderung, daß an Stelle der Handarbeit immer mehr die Maschine treten müsse, führe dazu, das Bauen im großen zu bevorzugen, denn nur dadurch sei es möglich, die Maschine vollständig auszunutzen und damit eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit im Bauen und eine Senkung der Baukosten zu erreichen. Es könne heute schon gesagt werden, dem Zielbau gehört nicht die Zukunft. Gerade das letztere bezieht der erste Diskussionsredner, der Staatssekretär Scheidt vom Preussischen Wohlfahrtsministerium. Er wies darauf hin, daß bei dem jetzigen Stand der Wirtschaft die freie Wirtschaft auf dem Wohnungsmarkt zu einer vierfachen Miete gegenüber dem Friedensmiete führen würde. Wenn man eine Verringerung des Wohnungsbaues erreichen wolle, müsse man folgende vier Voraussetzungen schaffen: 1. eine weitgehende Typisierung der Baukörper, 2. eine weitgehende Typisierung der Bauteile, 3. die Massenherstellung von Häusern an wenigen Plätzen und 4. die Massenher-

Diebstahl eines 10 000-Dollar-Briefes.

Von dem Diebe bisher keine Spur.

Ein dreifacher Diebstahl, der von langer Hand vorbereitet und im günstigsten Augenblick ausgeführt wurde, ist im Hauptpostamt mit Lit. No. 611 verübt worden. Der Dieb, dem ein Einschreibebrief mit 10 000 amerikanischen Dollar Inhalt als Beute zugefallen ist, ist unerkannt und unbehindert entkommen, denn man hat bis zur Stunde überhaupt noch keine Spur von dem Täter entdecken können.

Einer alten Bestimmung gemäß werden Auslandsbriefe, die große Werte enthalten, dem Empfänger nicht direkt durch die Post ausgeliefert, sondern gehen an das Hauptpostamt zur Kontrolle. Dort werden sie dem Adressaten ausgehändigt. So bekam die American Express Company aus der Charlottenstraße von ihrem New Yorker Stammhaus eine größere Geldsendung, die auf zehn eingeschriebene Briefe verteilt war und zusammen 100 000 Dollar ausmachte. Nach deutschem Postrecht ist die Postbehörde für Einschreibebriefe nur bis zu 40 Mk. ersparpflichtig. Die Gesellschaft hat darum ihre Geldsendung noch besonders versichert. Am 2. d. M., normittags gegen 10 Uhr, lieferte der Geldbriefträger des zuständigen Postamtes ordnungsmäßig gegen Quittung die zehn eingeschriebenen Briefe aus Amerika im Hauptpostamt ab. Am nächsten Morgen um 7½ Uhr erschienen zwei Angestellte der Express Company, um die Sendung abzuholen. Als der Postsekretär sie ihnen vorzählte, stellte es sich heraus, daß es nur noch neun waren. Der zehnte Brief war spurlos verschwunden. Die Kriminalpolizei des Polizeiamts Tiergarten wurde benachrichtigt. Die Ermittlungen ergaben bald, daß ein Einbruch nicht in Frage kam, denn die Schlösser der Türen und des Schrankes, in dem die Sendung lag, waren unberührt. Der Täter kann nur jemand sein, der über den Wert der Briefe und ihren Aufbewahrungsort genau unterrichtet war. Er muß gewußt haben, daß die große Sendung für die Express Company eingelassen war. Der verschwundene Brief enthielt nur Noten zu 5 bis 20 Dollar, deren Nummern bei dem geringen Werte nicht notiert wurden. Bisher fehlt von dem Diebe noch jede Spur. Alle Mitteilungen, die zur Aufklärung dienen können, nimmt Kriminalkommissar Budde im Zimmer 16 des Polizeiamts Tiergarten entgegen.

Auslegung der Wahlordnung für die Elternbeiräte.

Für die bevorstehenden Wahlen der Elternbeiräte teilt der Amtliche Preussische Pressedienst aus einer Mitteilung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung aus der Auslegung der Wahlordnung für die Elternbeiräte vom 12. April 1922 folgendes mit:

Die Elternbeiräte sollen reine Elternvereinigungen sein. Deshalb steht, wenn Kindergärten oder Erziehungsanstalten (Waisenhäuser, Rettungshäuser usw.) öffentliche Volksschulen besuchen, das aktive und passive Wahlrecht den Eltern, bei Halbweissen dem lebenden Elternteil, für uneheliche Kinder der lebenden Mutter, nicht der Anstaltsleitung zu. Dagegen haben die Leiter der Erziehungsanstalten für vater- und mutterlose Jünglinge (Bosmäjken), welche öffentliche Schulen besuchen, das aktive und passive Wahlrecht, wenn ihnen die elterliche Gewalt über diese Kinder zusteht.

Die ersten Verteidigerplaidoyers im Lühow-Prozess.

Die Verteidigung im Lühow-Prozess schritt sich ihrer schwierigen Aufgabe voll bemüht zu sein. In einem Falle wie dieser, wo ein so ungeheures Material psychologischer, pädagogischer und medizinischer Natur zusammengeraten worden ist, ist die Verantwortung, die auf der Verteidigung liegt, besonders groß. Als erster vertrat Rechtsanwalt Dr. Reumond gewissermaßen die Wege zur juristischen Beurteilung der dem Angeklagten zur Last gelegten Handlungen freizulegen. In Hand der Analyse des äußerst komplizierten Zeugenmaterials vertrat er den Beweis zu führen, daß die Zeugenaussagen ja viel Widersprüche und Unwahrscheinlichkeiten in sich bergen und größtenteils derart subjektiv gefärbt waren, daß sie nur die Bedeutung von Indizien besitzen können, daß ihnen jedoch keine Beweiskraft zuzuschreiben sei. Rechtsanw. Dr. Stiemler gab darauf die juristische Analyse der inframinierten Handlungen. Die Frage, ob Lühow homosexuell sei oder nicht, sei juristisch ohne Bedeutung, da die Homosexualität an und für sich nicht strafbar sei und das Nichtvorhandensein von Homosexualität

andererseits nicht strafauslösend wäre. Ebensovienig unterliegt der Beurteilung des Gerichts, ob Prügel pädagogisch zweckmäßig gewesen waren oder nicht. Das allgemeine Landrecht gestatte dem Erzieher das Züchtigungsrecht im Rahmen der väterlichen Gewalt. Das Reichsgericht hat aber erklärt, daß eine Züchtigung mit dem Rohrstock keine gefährliche Körperverletzung in sich schließen könne. Ebensovienig bedeute auf Grund von Reichsgerichtsentscheidungen die Züchtigung auf den nackten Körper eine unzüchtige Handlung. Hinsichtlich der Beurteilung der Verlobungen und Färllichkeiten stellt sich die Verteidigung auf den Standpunkt des Sachverständigen Dr. Andrefsen, der sie als Ueberstüpfung und Verzerrung des Landes-erziehungsheimsprinzips betrachtet hat. Zum Schluß seines Plaidoyers bespricht der Verteidiger jeden der 21 Fälle besonders und vertritt hinsichtlich des Falles Weich den Standpunkt, daß die widerspruchsvolle Auslage dieses Hauptbelastungszeugen den Stempel einer künstlichen Konstruktion trage. Aus allen diesen Gründen sei die Freisprechung des Angeklagten geboten. Heute finden die Plaidoyers der Verteidiger Dr. Valentini und Dr. Frey statt.

Wieder ein Ueberfall bei Wuhlgarten.

Der Räuber mit dem verfolgenden Polizeihund verschwunden.

Vorgestern Abend hat sich innerhalb von acht Tagen der zweite Raubüberfall bei Wuhlgarten ereignet. Am 28. Mai wurde eine Pflegerin der Anstalt auf dem Heimwege angefallen und ihrer Handtasche beraubt. Gestern Abend kehrte nun die 18-jährige Tochter eines Angestellten der Anstalt aus Berlin mit einem späten Zuge heim. Da sie sich angestrichelt, allein zu gehen, hat sie einen Schupobeamten, der mit seinem Hunde am Bahnhof stand, doch in einiger Entfernung hinter ihr herzugehen, da sie sich dann sicherer fühlen würde. Der Beamte entsprochen bereitwillig ihrem Wunsch. Das junge Mädchen mußte auf seinem Wege an einem Raagenfeld entlanggehen, das etwa 100 Meter weit die Landstraße begleitete und dessen Rand jetzt bis zur Brusthöhe emporgewachsen ist. Gleich hinter dem Roggenfeld beginnt das Gelände der Anstalt, das eingefriedigt ist. Kaum hatte das Mädchen den Anfang des mit dichtem Buschwerk bedeckenen Zaunes erreicht, als ein Mann sie ansprang und am Hals würgte. Der Schupobeamte, der dem Mädchen gefolgt war, lief herzu und machte gleichzeitig seinen Hund los. Das Tier stürzte sich auf den Mann, dieser wich ihm aber aus und rief in das Feld. Der Hund folgte ihm dorthin, während der Beamte warierte, daß das Tier Standhalten geben sollte, weil er anders in der Dunkelheit den Räuber nicht hätte finden können. Er warierte jedoch vergeblich. Der Hund ließ keinen Laut mehr hören, und als der Beamte nun das Roggenfeld absuchte, fand er weder seinen Hund noch den Räuber vor. Auch als er mit Unterstützung von vier weiteren Beamten des 258. Reviers noch einmal nachsah, fand sich keine Spur. Wie der Wogelagerer es möglich gemacht hat, den kranken Hund zum Schweigen zu bringen, ist völlig rätselhaft. Wahrscheinlich hat er ihn mit einem geschickten Griff erwidert oder ihn durch einen Schlag betäubt und mitgenommen, während er selbst flüchtete. Bis jetzt ist der Hund noch nicht wieder aufgetaucht. Auch von dem Räuber hat man noch keine Spur gefunden.

Absturz des französischen Passagierflugzeuges.

Gestern Abend kurz nach 7 Uhr versuchte das französische Flugzeug „Garman“ S. 170 S. A. D. S. planmäßig auf dem Tempelhofer Feld zu landen. Etwa 15 Meter über dem Erdboden brach das Flugzeug plötzlich ab und stürzte in die Tiefe. Der Apparat ging in Trümmer. Hierbei zogen sich der 23-jährige Pilot Jack Ringel aus Paris sowie der Passagier Rechtsanwalt Dr. Magnus aus Schöndorf, Fürstent. 17, Verletzungen zu. Sie erhielten auf dem Flugplatz erste Hilfe. Der Apparat, der einen guten Flug von Paris über Köln hinter sich hatte, ist vollständig zerstört.

Als „Volksentscheid gegen den Dabikopf“ ist die Wahl der Film-schauspielerin Grete Reinwaldt zur „Sommerkönigin von Berlin“ auf dem großen Sommerfest im Zoo-Park gewertet worden. Ein Kreis bekannter Berliner Künstler hatte sich als „Preisrichterkollegium“ zur Verfügung gestellt. Die erste „Sortierung“ brachte 200 Damen zur Wahl, schließlich wurden 100, dann 50 und endlich 25 zur „allerengsten Auswahl“ gestellt. Nach 1½stündiger mühevoller Arbeit konnte das Ergebnis verkündet werden, und unter donnerndem Beifall begrüßte die Menge die bekannte Filmschauspielerin Grete Reinwaldt mit ihrem blonden Haarbüchel als die „Sommerkönigin von Berlin“.

Bannerweibe in Eckert. Am Sonntag, den 6. Juni begehrt der Drisoerein Ernter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold das Fest seiner Fahnenweibe, eingeleitet mit einem Fadelzug und Festball am Sonnabend. Der eigentliche Festtag findet auf dem Schuttplatz Sonntag nachmittag 2 Uhr statt. In daß jeder seiner Wahlpflicht vorher genügen kann. Festredner ist Kamerad Senatspräsident Dr. Brohmann.

Einzigste und zweifelhafte Gesellschaften zum Spreewald unter Führung des Heimatschutzes Georg-Eugen Richter finden am Sonnabend/Sonntag, den 5. und 6. Juni statt. Herrliche Nachfahrten werden geboten durch den Oelen-Hochwald und zu allen schönen Punkten, auch mit der trachtenprächtigen Kirchengang der Seebinnen beschl. Redaktionen im Deutschen Verkehrsverein, Potsdamer Bahnhofgebäude und im Reisebureau Berlin, Leipziger Straße und Röntgenstraße.

Speecher für proletarische Jeterstunden. Sonntag, den 6. Juni, Auszug nach Rausdorf. Süd. Treffpunkt morgens 9 Uhr am Bahnhof Sabona, für Nachzügler auf der Wiese beim Restaurant Sandhölzl. — In der kommenden Woche finden die Uebungsstunden nicht am Donnerstag sondern am Mittwoch, den 9. und Freitag, den 11. Juni statt.

Gute Schuhe — sicherer Gang! Gute Reifen — sichere Fahrt!

Beide sind ausschlaggebend für eine sichere Fortbewegung. Hast Du ein Auto, dann gib ihm den guten zuverlässigen deutschen Reifen

Continental

Ballon

„Wer Conti fährt, weiß was er hat.“

25 PFENNIGE

50 PFENNIGE

95 PFENNIGE

1.95

2.95

Der Verkauf geht weiter! Neue Schlager sind eingetroffen!

Unterzieh-Hemdchen 25 Pf. für Damen, fein gestrickt. Baby-Strickjäckchen 25 Pf. Kinder-Strickhöschen 25 Pf. 2 Stickerelätzchen 25 Pf. Hemden-Passen 25 Pf. 2 Damen-Binden 25 Pf. Strickereien 25 Pf. Zwirn- od. Klöppelstz. 25 Pf. Selbstbinder 25 Pf. Schleifenbind. 25 Pf. Strickbind. 25 Pf. Küchenhandtücher 25 Pf. Herren-Sportkragen 25 Pf. Servietten-Behälter 25 Pf. Sockenhalter 25 Pf. Achselträger 25 Pf. Scheiben-Gardinen 25 Pf. Jabots und Kragen 25 Pf.

Kleider - Musseline 50 Pf. Voile weiß, Punktmull 50 Pf. Hemdentuch 50 Pf. 3 Scheuertücher 50 Pf. 4 Poliertücher 50 Pf. Reincl. Geschirrtücher 50 Pf. Damen - Hemden 50 Pf. Damen-Strümpfe 50 Pf. Herren-Socken 50 Pf. Kinder-Röckchen 50 Pf. Kinder-Schlüpfer 50 Pf. Untergarn 50 Pf. Molton-Unterlagen 50 Pf. Hosenträger 50 Pf. Herrenkragen 50 Pf. Mädchen- oder Knaben-Schürzen 50 Pf.

Frisé doppeltbreit 95 Pf. Kleider-Voile 95 Pf. Mako-Zephir 95 Pf. Frotté doppeltbreit 95 Pf. Nessel volle Breite 95 Pf. Seidenbatist 95 Pf. Linon 95 Pf. Jaquard-Handtücher 95 Pf. Damenhemdhosen 95 Pf. Damenstrümpfe 95 Pf. Damenstrümpfe Mako 95 Pf. Taghemden 95 Pf. Wasch-Seide 95 Pf. Musseline-Jumper 95 Pf. Musseline-Kasaks 1.95 Seiden-Mäntel 1.95

Spielhosen od. Kittel 95 Pf. Selbstbinder 95 Pf. Läufer 95 Pf. Mitteldecken 95 Pf. Opalwesten 95 Pf. Bindekragen 95 Pf. Jumper-Untertailen 95 Pf. Kissenplatte 95 Pf. Scheibenschleier 95 Pf. Badetrikots 95 Pf. Damenschlüpfer 95 Pf. Schürzen 95 Pf. Rips-Mäntel 1.95 Allwetter-Mäntel 1.95

Kunstseiden Frotté 1.95 Schweizer Vollvoile 1.95 Farbige Damen-Garnitur 2.95 Farbige Hemdhosen 1.95 Kunstseid-Prinzebröcke 1.95 Hauskleider 1.95 Bettlaken 1.95 Tischdecken 1.95 Halbstores 1.95 Eolienne 2.95 Herren-Taghemden 2.95 Dam.- od. Herr.-Schirme 2.95 Damen-Strümpfe 2.95 Herren-Nachthemden 3.95 Herren-Garnituren 3.95

Kommen Sie möglichst vormittags. Nur in der Turmstraße. Bierbecher 25 Pf. Glaskompottschüss. 50 Pf. Glas-Blumenvasen 50 Pf. Wasserflasche 50 Pf. Glas-Kompottschüsseln 1.95 6 Allumin.-Eßlöffel 50 Pf. Brot- od. Schlachtmess. 50 Pf. Emaille - Kasserolle 50 Pf. Maschinentopf 50 Pf. Küchenspiegel 50 Pf. Robhaar-Handfeger 50 Pf. Lavendel-Badeseife 95 Pf. Badeseifen 95 Pf. Eau de Cologne oder Lavendelwasser 25 Pf. Haartüten Celluloid 50 Pf. Ringbeutel 50 Pf. Frühstückstaschen 50 Pf. Koffer-Handtaschen 3.95 Aktenmappen Leder 3.95

LINDEMANN & CO. AKT. GES.

Berlin-Schöneberg Hauptstr. 149/150 Berlin Nordosten Landsberger Allee 29 Neu-bau Turmstr. Ecke Offostr.

Theater, Lichtspiele usw. Staats-Theater Opernhaus am Königsplatz 7 1/2 Uhr: Der Freischütz Schauspielhaus 8 Uhr: Candida Schiller-Theater 8 Uhr: Nickel und die 26 Gerechten Städtische Oper Charlottenburg Geschlossene Vorstellung Deutsches Theater Norden 10334-38 Gastspiel: Hahnert 8 Uhr: Das Skel mit Max Adalbert Sommerpreise Kammerspiele Norden 10334-38 8 Uhr: Weck - end (Ueber'n Sonntag) Die Komödie Bismarck 2414, 7516 8 Uhr: Theater! ... SCALA 8 Uhr: Internat. Varieté Sonntags 3.30 zu ermäßigten Preisen d. wolle Programm Theaterkasse: Lützow 7557

Berliner Theater Tägl. 8 1/2 Uhr: Donnerwetter, ganz famos Deutsches Kunst-Theater Tägl. 8 Uhr: Der fröhliche Weinberg Th. a. Kurfürstendamm Tägl. 8 Uhr: Rebhuhn od. Die neue Fassade Wallner-Theater 8 Uhr: Der heilige Brunnen Bianco Pannets Erweckung Central-Theater 8 Uhr: Eva Bonheur Ilka Grünig Neues Th. am Zoo Tägl. 8 Uhr: Der alte Dessauer Operette in 3 Akten Charlie Vespermann Falk, Kiper, Godau, Straaten, Hainisch Preise 0.50 bis 6 M. Casino-Theater 8 Uhr: Das verlorne Paradies Vorher Bunter Teil Gutschein 1-4 Pers. Bei Vorzeigung der Annonce zahlen Sie Faust u. Baikon 1 M. Loge u. Sessel 1.50 Theater a. Kottb. Tor Tägl. 8 Uhr: Elite-Sänger Sie lachen wirklich Tränen 100 PARK SPANISCHE LINDENSTRASSE 100 PARK

Für die überaus zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben unversehrten Bruders Max Nelles sage ich allen Bekannten, Kameraden und Kameraden vom Reichsbahn sowie dem Belongenden Berliner Ueberlebenden den allerbüchsten Dank. Im Namen der Hinterbliebenen Jean Krüger Berlin-Schöneberg, Lindauer Str. 6 Volksbühne Theater am Söllowplatz (Th. am Schiffbauerdamm) 7 1/2 Uhr: FAUST 8 Uhr: Die Freier 3 Uhr: Judith 7 1/2 Uhr: FAUST Morgen 8 Uhr: Die Freier. Komische Oper 8 1/4 Uhr: Dir. James Klein 8 1/4 Berlin ohne Hemd! Die gewaltigste Revue 200 Mitwirkende Sommerpreise Circus Busch Unwiderfürlich Schluß 13. Juni Täglich 7 1/2, Sonntag auch 3 Uhr: Das große Abchieds- u. die Mühe von Sanssouci Eine Verlängerung ist ganz. ausgschl. Kleine Sommer-Pr. Sonntag nachmittg. 50 Pf. bis 4 M. 7. Loge 25 Pf. bis 2.75 M. 1. Loge. Amtl. Wettannahme des Union-Klubs Berlin NW 7, Schadowstr. 5. Annahme von Vorwetten in der Zentrale, Schadowstraße 5, in allen Berliner Filialen und bei den größ. Rennvereinen im Reiche Auszahlung der vollen Totalisatorquoten ohne jeden Abzug Schriftliche Aufträge u. Anträge auf kostenlose Errichtung von Konten sind nur an die Zentrale zu richten. Telegramm-Adresse: Wettannahme Berlin, Schadowstr. 5

Am 3. Juni dieses Jahres verstarb in Berlin nach schwerer Krankheit der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Herr Reichs- und Staatsminister a. D. Dr.-Ing. e. h. Rudolf Oeser Tief erschüttert stehen wir an der Bahre eines Mannes, dessen Name auf das engste mit der Geschichte des deutschen Eisenbahnwesens verknüpft ist. Als letzter Preußischer Minister der öffentlichen Arbeiten hat der Verstorbene den Wiederaufbau der durch den Krieg geschwächten Preußisch-Hessischen Staatseisenbahnen umsichtig und zielbewußt ins Werk gesetzt; bei der folgenden Ueberführung der Ländereisenbahnen auf das Reich hat er hervorragend mitgewirkt. Im Jahre 1923 trat er als Reichsverkehrsminister an die Spitze der Reichsbahn, als diese infolge der Inflation ihrer stärksten Belastungsprobe ausgesetzt war. Als die Umstellung der Reichsbahn erfolgen sollte, war es sein ganz besonderes Verdienst, daß sie im Eigentum des Deutschen Reiches verblieb. Die ihm nach Gründung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gestellte Aufgabe, die Reichsbahn dem Gesetze entsprechend in die Gesellschaftsform zu überführen, hat er mit sicherer Hand gelöst. Seinem verantwortungsvollen Amt als Generaldirektor hat er sich, obschon zuletzt schwerleidend, mit voller Hingebung gewidmet in dem Bewußtsein, damit dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen. Menschlich im wahren Sinne des Wortes, brachte er den Sorgen des Personals stets ein warmes Verständnis entgegen. Das Andenken an seine bedeutende Persönlichkeit und an sein gemeinnütziges, umfassendes Wirken wird bei uns immer fortleben. Berlin, den 4. Juni 1926. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Der Präsident des Verwaltungsrats C. F. von Siemens. Der ständige Stellvertreter des Generaldirektors Dorpmüller.

Donnerstag früh einfiel nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger und Großvater, der Richter Otto Heinemann im 70. Lebensjahre. Im Namen aller Hinterbliebenen Johanna Heinemann, geb. Bitt. Rippenl., Müggelheimer Str. 27 Trauerfeier Sonntag, den 7. Juni, vormittags 11 1/2 Uhr, im Krematorium Baumhulshof, Riechholzstraße. Am Dienstag, den 1. Juni 1926, erlitt der Tod meine liebe Frau, unsere hochbegabte Mutter, Schwiegermutter und Ohma Elise Krukow, geb. Krause nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden im Alter von 57 Jahren. In tiefer Trauer Fritz Krukow, Otto Krukow, Hans Krukow, Frida Krukow, geb. Juchan, Klein Lotichen, Liesbeth Hoffmann. Sieblung Lindenhof, Müggelstr. 8. Die Einäscherung fand am Dienstag, den 8. Juni 1926, nachm. 5 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt. Für die überaus zahlreiche Beteiligung bei der Einäscherung meiner lieben Frau, unserer hochbegabten Mutter Frau Frida Milde sagen wir allen Verwandten, Bekannten, dem Beerdigungsausschuß und dem Ehrenrat der Schule 36 b und insbesondere der Genossen Riebler für ihre freundliche Hilfe unseren herzlichsten Dank. Berlin, Lichtenberg, Moysstr. 7, 8 Juni 1926. Die trauernden Hinterbliebenen: Richard Milde nebst Kindern.

Reichshallen - Theater Abends 8 Uhr Stettiner Sänger Ein Hausball bei Meyer's Dönhof-Brettli (Sitz u. Bar) Varieté - Konzerte! - Tanz!

Dampferfahrten an jedem Sonntag bis auf weiteres nach Saatwinkel, Tegelfort, Goersfelde, Conradshöhe, Heiligensee. Ab Fennbrücke (Nordhafen) 9 Uhr vorm., 1 u. 2 Uhr nachm. Ab Westhafen (Bhf. Pott-tstr.) 9.20 U. vorm., 1.20 u. 2.20 U. nm. Rückfahrt von Heiligensee 5 und 7.30 Uhr nachm. Dampfervermietung an Vereine, Fabriken, Schulen zu billigst. Preisen. Reederei Bethke & David, Spandau, Hamburger Straße 90b. Tel.: Spandau 83.

Rennen zu Karlshorst Sonnabend, den 5. Juni nachmittags 3 1/2 Uhr Germania. Ausgleich I

Besonders billig! wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und

Radio Preisabbau Rein Ramisch! Nur Qualität! Ausworts schnell Radnahm! Retalea gratis! Radio-Spezialhaus Funkheppa Gmb. M. Hübner Berlin 50 16, Weanderstr. 22 Anodenbatterie, 60 V 3.50, 90 V 5.40, Wasserzellige, 50 m 1.25, Wechsler, 50 m 0.80, Eierfetten 0.25, Topfedel, vermischt 0.40, Delawiberband mit Knopf 0.65, Rapi-Brer, 100 gr., prima 4.50, N. Trans-formator, prima 4.50, Spulenhalter, 2-stellig 1.95, 3-stellig 2.50, Normertertiler 0.95, Detektorapparat, 45 Böhlen, mit Drehstufen, elegant, prima 7.-, Detektor mit Transformator 1.25, Sperröhre, fabrikneu 4.50, Wiffamulator, 2 V, 10 Amp 4.95

Das Geld des Dachses.

Ein japanisches Märchen.

Erzählt von Dr. H. Kunze.

Es lebte einst in einer kleinen Hütte zu Kametata in Hiogo ein alter Priester, der weder durch Gelehrsamkeit noch durch Wissen hervorragte, sondern nur seine Tage im Gebet und in der Meditation verbrachte. Er wurde allgemein verehrt, und seine Nachbarn versorgten ihn mit Nahrung, auch besserten sie ihm seine Hütte aus, wenn sie schadhaft wurde.

In einer sehr kalten Nacht hörte er draußen eine Stimme rufen: „Euer Ehrwürden! Euer Ehrwürden!“ Da erhob er sich, um nachzusehen, wer draußen sei, und erblickte vor der Tür einen alten Dachse. Jeder gewöhnliche Mensch wäre sehr erschrocken gewesen, der Priester jedoch fragte ihn ruhig, was er wolle. Darauf verbeugte sich der Dachs respektvoll und sagte: „Bisher habe ich in den Bergen gewohnt und habe mir aus Schnee und Kälte nichts gemacht. Doch nun bin ich alt geworden und kann die strenge Kälte nicht mehr ertragen. Bitte, laßt mich herein und mich am Feuer eurer Hütte aufwärmen, daß ich in dieser kalten Nacht nicht erfrieren muß.“

Als der Priester hörte, wie schlecht es dem armen Tiere gehe, ward er von Mitleid ergriffen und sprach: „Das ist eine schlimme Sache. Komm nur rasch herein und wärme dich.“

Der Dachs freute sich über solchen guten Empfang und kam in die Hütte des Priesters, legte sich am Feuer nieder und begann sich zu wärmen. Währenddessen sprach der Priester seine Gebete. Nach etwa zwei Stunden nahm der Dachs Abschied, dankte dem Priester herzlich und verließ die Hütte, doch kam er jede Nacht wieder. Da nun der Dachs trockene Zweige und Blätter aus den Bergwäldern zum Brennstoff brachte, befreundete sich der Priester mehr und mehr mit ihm, so daß er ihn ordentlich vermißte, wenn er einmal nicht kam. Als der Winter vorüber war und der Frühling ins Land zog, kam der Dachs nicht wieder, doch als es wieder Winter wurde, kam er wiederum in die Hütte des Priesters. Dies ging etwa zehn Jahre lang so, da sagte der Dachs eines Tages zu dem Priester: „Durch eure Freundlichkeit und Güte, Ehrwürden, bin ich über diese ganzen Winter gekommen. Ihr waret so gut zu mir, daß ich davon mein ganzes Leben und sogar nach meinem Tode daran denken werde. Was kann ich tun, um euch alles zu vergelten? Wenn ihr irgendeinen Wunsch habt, so sagt ihn mir bitte.“

Der Priester lächelte bei dieser Rede und erwiderte: „Ich habe eigentlich keine Wünsche mehr, doch freue ich mich, deinen guten Willen zu sehen. Du brauchst keine Sorge zu haben; solange ich am Leben bin, wirst du im Winter in meiner Hütte willkommen sein.“ Als der Dachs diese Worte hörte, konnte er sich nicht genug über das Wohlwollen des alten Mannes wundern; doch da er ihm sehr dankbar war, empfand er es peinlich, daß er ihm nichts dafür geben konnte. Doch fing er dem Priester gegenüber immer wieder davon an, daß er ihm doch seine Dankbarkeit zeigen müsse, so daß schließlich der Priester, gerührt von dem guten Herzen des Dachses, also zu ihm sprach: „Seitdem ich der Welt entsagt habe, begehre ich nichts mehr. Doch möchte ich drei Goldmünzen, rigos, haben. Für meine Nahrung und sonstigen Bedürfnisse sorgen die Dorfbewohner, daher brauche ich solche nicht. Die drei Goldmünzen möchte ich zu dem Zwecke haben, daß Gebete und Messen für meine Seele gehalten werden. Du siehst, ich habe dir offen gesagt, was mein Wunsch ist, da du mir so freundlich gesinnt bist.“

Als der Priester so gesprochen hatte, wurde der Dachs ganz betrübt, so daß der alte Mann befürchtete, er habe etwas sehr Schwieriges von ihm gefordert; er sagte daher zu dem Dachs: „Ich brauche eigentlich kein Geld, denn nur gewöhnliche Menschen werden nach Ehrenbezeugungen nach dem Tode verlangen. Also denk' nicht mehr daran, was ich dir gesagt habe.“ Darauf kehrte der Dachs wie gewöhnlich ins Gebirge zurück.

Seit jenem Tage kam der Dachs nicht wieder; dem Priester schien dies höchst seltsam, doch kam er auf den Gedanken, daß der Dachs deshalb nicht wiederkam, weil er sich schäme, ohne das Geld zu erscheinen oder daß er bei einem Versuche, es zu stehlen, vielleicht getötet worden sei. Da ward er betrübt und glaubte seinen Freund verloren.

Nach drei Jahren hörte der alte Priester eines Abends eine Stimme vor seiner Tür, welche „Euer Hochwürden, Euer Hochwürden!“ rief. Da diese Stimme die des Dachses zu sein schien, sprang der alte Mann sogleich auf und öffnete die Tür. Siehe, da stand der Dachs. Da rief der Priester voller Freude: „So bist Du gesund und munter! Warum bist Du so lange fortgeblieben? Ich habe Dich die ganze Zeit voll Sehnsucht erwartet.“

Da trat der Dachs in die Hütte und sagte: „Wenn das Geld, welches Ihr Euch wünschtet, zu unläuterer Zwecke hätte dienen sollen, wäre es mir ein leichtes gewesen, Euch soviel zu verschaffen, als Ihr wolltet. Doch da ich vernahm, daß es einem Tempel gegeben werden sollte, um Messen für Eure Seele zu lesen, dachte ich, wenn ich den verborgenen Geldschatz eines anderen stehlen würde, könnte dieser nicht zu einem heiligen Zwecke verwendet werden. Ich ging daher zur Insel Sado, sammelte die Erde und den Sand, der von den Goldgräbern als wertlos fortgeworfen worden war, und habe dies viele Monate lang getan.“ Als der Dachs also gesprochen hatte, sah sich der Priester die Goldstücke an, die jener aus dem goldhaltigen Sande gewonnen hatte, und siehe, sie waren neu und rein; er nahm daher das Geld ehrfürchtig in Empfang, indem er es zu seinem Haupte erhob.

„So hast du denn all diese Mühe und Arbeit gehabt wegen eines leichtsinnigen Wortes von mir! Ich bin dir in der Tat sehr dankbar.“ Darauf sprach der Dachs: „Damit habe ich nur meinen eigenen Wunsch erfüllt. Doch hoffe ich, daß ihr niemanden hieron erzählt.“

„Ich kann nicht anders, als es erzählen,“ erwiderte der Priester. „Denn, wenn ich dies Geld in meiner armen Hütte aufbewahre, würde es mir von Dieben gestohlen. Ich muß es daher entweder jemandem zur Verwahrung geben oder es einem Tempel darbringen. Und wenn ich dies tue, und die Leute sehen, daß ich eine so große Geldsumme besitze, werden sie das für sehr verdächtig halten, und ich muß doch erzählen, wie ich dazu gekommen bin. Aber wenn ich erzähle, daß der Dachs, welcher mir das Geld gab, nicht mehr in meine Hütte kommt, brauchst du nicht zu befürchten, überfallen zu werden, sondern kannst mir früher zu mir kommen und dich bei mir erwärmen.“ Dem stimmte der Dachs zu, besuchte den Priester, solange jener lebte, und verbrachte die Winternächte in dessen Hütte.

Abgang der Geburten. Nach einer Veröffentlichung des Gesundheitsamtes des Völkerbundes geht die Geburtenzahl in der zivilisierten Welt und besonders in den großen Städten ständig zurück. Nur in den Schiffsstaaten war in den letzten zwei Jahren eine Zunahme der Geburten zu verzeichnen.

Jutta Milika von Montenegro und Mecklenburg



„Halt! Was machen Sie da!“ — „Was wollen Sie? Das ist mein gutes Recht — nach dem Vertrag von Versailles!“

Der Kompaß im Bienensfühler.

Von Dr. B. Berner.

Im weiten Umkreis ihres Stockes sucht die Biene nach Nektar und Pollen, auf immer neue Futterplätze trägt sie ihr Flug. Und immer wieder kehrt sie, der die Umgebung noch viel tausendfach mannigfaltiger, größer, verwirrender erscheinen muß als uns, in ihren Stock zurück. Wie verfehlt sie das kleine Flugloch, das in ihre Heimat führt. Wie findet sie den Heimweg?

Die Antwort scheint ja leicht zu sein: sie sieht sich eben Stock, Umgebung, „Reiseroute“ gut an, wenn sie entfliegt; und man kann ja auch sehen, daß die jungen Bienen zuerst Erkundungsflüge machen, bevor sie sich auf die eigentliche Sammelreise begeben.

Und doch zeigt ein einfacher Versuch, daß dies doch nicht so selbstverständlich ist, wie man zu glauben versucht wäre. Es genügt nämlich, den Bienenstock um ein kleines zu verschieben, ihn etwa um einen halben Meter zurückzuversetzen, um die Bienen in eine merkwürdige Verwirrung zu bringen. Nicht etwa, daß sie ziellos umherfliegen — im Gegenteil. Aber ihr Ziel ist — unbegreiflich, aber wahr — genau die Stelle im Raum, wo früher das Flugloch sich befand. Es ist, als wäre der Ort in der Luft markiert, als wäre unabhängig vom Stock jener Punkt im Raum ausgezeichnet.

Es „stauen“ sich also die Bienen an jenem Punkt eine Weile lang in der Luft, bis sie endlich doch den Stock auffindig machen, um sich alsbald an seine neue Lage zu gewöhnen. Nun darf man aber durchaus nicht glauben, daß die Bienen schlecht sehen oder auch nur schlecht riechen. Das Gegenteil ist der Fall: wir wissen, daß sie auch Farben unterscheiden können, und wenn man ihren Stock mit einem farbigen Frontblech versehen, dann erleichtert ihnen das ebenso wie andere „Markierungen“ die Auffindung des Heimweges. Auch die künstliche „Parfümierung“ ihres Stockes mit starkduftenden Ölen usw. wird von ihnen vermerkt: man kann die Bienen auf Düste „dressieren“.

Und trotz dieser guten Sinnesorgane jener eigenartige Vertun bei der Stocksuche! Wie ist er zu erklären? Man meinte, daß sich die Biene eben nicht den Stock selbst merkt, sondern sich nach gewissen Kennzeichen seiner Umgebung orientiert. Aber es zeigt sich, daß sie sich genau so verhält, wenn die Umgebung kein hervorstechendes Merkmal besitzt. Deswegen hat man von einem besonderen „Raumflin“ gesprochen, ohne daß man sich darunter zunächst etwas Bestimmtes vorstellen konnte. Andere bestritten aber sein Bestehen und glaubten, die Leistungen der Biene — wie auch ihre Fehlleistungen auf den Gesichtssinn zurückführen zu können. Das kann man aber nicht, wie neue Versuche gelehrt haben.

Verstiehlt man Bienen in eine Schachtel, trägt sie weit fort von Stock, legt sie dann zu Boden und läßt die Gefangenen frei, dann benehmen sich diese zunächst so, als wollten sie fliehen. Ein Dämon hindert sie und her und dann fort.

Aber bald sind sie wieder da und lassen sich in der Schachtel, die ihnen anscheinend ein Stück Heimat in der Fremde bedeutet, nieder. Hat man aber indessen die Schachtel ein Stück weitergerückt, sei's auch nur um ein paar Handbreiten — dann kehren die Bienen nur sehr allmählich oder gar nicht in sie zurück: sie kreuzen genau über der Stelle, wo die Schachtel gestanden hat.

Wie das? Ein „Werten“ der Umgebung kommt nicht in Frage, denn auch wenn diese ganz gleichartig etwa eine Wasseroberfläche ist, finden die Bienen die richtige Stelle.

Also ist es nichts mit den Augen! Auch die Duldresur nützt nichts, d. h. auch der gewohnte Dukt lockt die Immen nicht zur Schachtel. Nun nahm man also an, daß doch ein eigener Sinn vorhanden sei, der der Biene sozusagen den Weg registriert, den sie genommen hat, der jede Drehung gleichsam aufzeichnet, die das Insekt im Flug macht, so daß es immer richtig orientiert ist.

Ein einfacher, freilich grausamer Versuch zeigt die Richtigkeit dieser Annahme. Wenn man solchen aus der Schachtel entlassenen Bienen zuvor die Fühler abschneidet, dann verhalten sie sich ganz anders: sie fliegen beim Bestellen der Schachtel nicht mehr an deren irrischeren Standort, nicht mehr an jene „Stelle im Raum“, sondern sie suchen die Schachtel auf!

Weiter: Man kann Bienen durch starkes Drehen ganz irre machen. Bei fühllosen Bienen gelingt das nicht!

Wie haben wir nun dies alles zu erklären? Nun es langt kaum eine andere Deutung zu, als eben die: in den Fühlern der Biene liegt ein uns noch ganz unbekanntes Organ, das auf irgendwelche

Weise jede Drehung vermerkt — also wie ein Kompaß arbeitet. Immer zeigt es die augenblickliche Richtung zum Ausgangspunkt an. Diesem Organ „traut“ sozusagen die Biene offenbar mehr als ihrem Auge. Nimmt man es ihr, dann erst macht sie Gebrauch von ihrem Gesichtssinn, der ihr ja unter den Versuchsbedingungen größeren Vorteil bringen kann und bei der Nahrungssuche usw. ja überhaupt eine große Rolle spielt.

Der Kompaß im Bienensfühler — die Lösung des Problems? O nein — wie es in den Naturwissenschaften eben ist: die Antwort auf eine Frage enthält hundert neue Fragen.

Die Wirkung von Kohlenstoff auf die Pflanze. Es ist seit langem bekannt, daß die normalerweise in der Luft vorhandene Kohlenstoffdioxid keineswegs die für den Pflanzenwuchs förderlichste Konzentration bedeutet, sondern daß die grünen Pflanzen nicht nur viel mehr Kohlenstoffdioxid vertragen, sondern daß sie auch besser gedeihen, wenn man der Luft künstliche Kohlenstoffdioxid zusetzt. Diese Erkenntnis hat besonders für die Gärtnerei eine gewisse Bedeutung erlangt, insofern als man durch Anreicherung der Gewächshausluft mit Kohlenstoffdioxid einen erheblich größeren Ertrag an Früchten und eine frühere Blühwilligkeit mancher Pflanzen auf diese Weise erzielen konnte. Besonders die jahrelangen Forschungen Hugo Fischers haben die Kohlenstoffdioxid-„Düngung“ in den Kreisen der Gärtner und Landwirte populär gemacht, und man nimmt jetzt viel mehr an, daß die günstige Wirkung des Stallmistes zum nicht geringen Teil auf der bei der Fäulnis des Düngers entweichenden Kohlenstoffdioxid zurückzuführen ist. Daß die Kohlenstoffdioxid die Assimilationsfähigkeit der grünen Pflanzen, d. h. die Bildung von Stärke oder Zucker fördert, hat vor dreißig Jahren der italienische Botaniker Ronemartini schon experimentell nachgewiesen, und es ist darum nicht verwunderlich, daß dieser Forscher sich seine Liebe zur Kohlenstoffdioxid bewahrt hat, die ihn auf sehr sonderbare Gedanken brachte. Er untersuchte ein Pflanzenwachstumsmittel, das zum größten Teil aus sehr feinem Kohlenstoff bestand und das mit einem Zerstäuber auf die Blätter verteilt wurde. Er machte nun die Beobachtung, daß die besträubten Pflanzen gut gedeihen und daß ihre Assimilationsfähigkeit gesteigert wurde. Wenn das richtig ist, so muß der Kohlenstoff natürlich in irgendeiner Weise zu Kohlenstoffdioxid verbrannt werden, denn die Kohle kann selbstverständlich von den Blättern als solche nicht verarbeitet werden.

Sollten sich die Beobachtungen des Italieners bestätigen, — er wird seine Untersuchungen fortsetzen —, so würde dadurch erklärt, daß Pflanzen in der Nähe von Kohlenlagern, die man sehr oft mit einer Kohlenstaubschicht bedeckt sieht, nicht zugrunde gehen.

Die musizierende Natur. Man wird glauben, Musik könne nur vom Menschen gemacht werden, eine Annahme, die jedoch nicht zutrifft. In Wirklichkeit finden auch die Elemente Mittel und Wege, musikalische Klangwirkung hervorzubringen. So trifft man in den malaiischen Staaten Bambusfelder, die unter bestimmten Voraussetzungen Klänge hervorzubringen, die im Ohr die Vorstellung eines ganzen konzertierenden Flötenspielerchens verursachen. Diese Wirkung wird durch einen Sturm hervorgerufen, der in die Stämme der Bambuspflanzen Höhlungen bohrt. Dadurch verwandeln sich diese Stämme in Flötenrohre, auf denen der spielende Wind musiziert. Die auf diese Weise erzeugten Klänge sind, was Lage und Stärke angeht, so mannigfaltig, daß man wirklich glaubt, einem richtigen Konzert beizumohnen. In China gibt es einen Fluß, dessen Ufer stellenweise mit einer aus einer bestimmten Kieselart gebildeten Schicht bedeckt sind. Bei Hochwasser werden nun diese Kieselsteine durch die das Ufer bespülenden Wellen aneinandergerieben, und es entsteht so eine eigenartige Klangwirkung, die keineswegs des Wohlklanges entbehrt. Wenn Hochstuf herrscht, strömen die Eingeborenen zum Fluß, um dem eigenartigen Konzert zu lauschen. Eine ähnliche Erscheinung hat man auch in den nördlichen Breiten beobachtet, wo die Eischollen ebenfalls eine recht ansehnlich klingende Musik hervorbringen. Als ein merkwürdiges Musikinstrument erweist sich ferner der Sand an einzelnen Strichen der schottischen Küste, der musikalisch wirkende Töne von sich gibt, wenn man über ihn hinwegschreitet oder mit dem Spazierstock darüber hinfährt. Auch das Wasser kann unter Umständen Töne von sich geben, eine Tatsache, die schon den alten Griechen bekannt gewesen ist. Die Alten besaßen zahlreiche Instrumente, die durch Wasser zur Klangwirkung gebracht wurden. Einige musikalisch veranlagte Indianerstämme Nordamerikas füllen noch heute Büffelhäute mit Wasser, um sie dann mit Stöcken zu bearbeiten, und so Musik zu machen.

Reichsbedarf und Reichsbank.

Die neuen Schatzwechsel. — Reinholds Steuerpolitik.

Nicht überraschend für den Beobachter der Reichssteuerpolitik, wohl aber für die breitere Öffentlichkeit, war die kürzlich stattgefundene, daß das Reich den früher so reichlich in Anspruch genommenen Schatzwechselkredit bei der Reichsbank für seine Finanzbedürfnisse wieder nutzbar machen will. Es handelt sich dabei natürlich, wie schon mehrfach nachdrücklich hervorgehoben, nicht mehr um Schatzwechselkredite wie während des Krieges und in der Nachkriegszeit. Diese hatten bekanntlich die Inflation zur Folge, und die Inflation kam, weil man mit diesen Krediten statt mit Steuern Staatsausgaben bezahlte und die Reichsbankschulden wieder mit neuen Schatzwechseln bei der Reichsbank beglich. Das kommt heute nicht in Frage.

Wesen und Umfang der Kredite.

Die jetzigen Schatzwechselkredite sind ausschließlich dazu bestimmt, parübergend den Kasernenbedarf des Reiches mit Zahlungsmitteln der Reichsbank auszugleichen für Zahlungen, die vom Parlament schon genehmigt und, noch wichtiger, deren steuerliche Deckung aus beschlossenen Steuern bereits vorhanden ist. Jede Möglichkeit einer inflationistischen Wirkung ist also ausgeschlossen. Außerdem ist die Summe nach oben begrenzt. Der in den nächsten Tagen Reichstag und Reichstag zugehende Gesetzentwurf über die Abänderung des Bankgesetzes von 1924 sieht einen Höchstbetrag von 400 Millionen Mark vor, zu dem das Reich bei der Reichsbank Schatzwechsel lombardieren und diskontieren lassen darf. Dazu kommen die 100 Millionen, die schon bisher nach § 25 des Bankgesetzes von der Reichsbank bis zu 3 Monaten aufgenommen werden dürfen. Die grundsätzliche Zustimmung der Reparationskommission, die erforderlich ist, liegt bereits vor.

Ihre Bedeutung für Finanzen und Wirtschaft.

Mit dieser Neuregelung erfolgt die Rückkehr zu dem Zustand, wie er in der Vorkriegszeit bestand, nur mit dem Unterschied, daß in der Vorkriegszeit sich die Begrenzung nach oben aus der selben Steuerpolitik von selbst ergab und daß damals keine Reparationskommission dazwischenlag. Die Neuregelung ist auch zweifellos berechtigt und in einem gewissen Sinne notwendig. Soweit nur die Furcht vor der Kasernenpolitik die Steuererhebung des Reiches nach oben beeinflusste, fällt dieses Moment der Unruhe für die Finanzgebarung weg. Außerdem wird, wenn die Geldmarkt- und Kapitalmarktverhältnisse in Deutschland wieder ausgeglichener sein werden, für den Geldmarkt in den Schatzwechseln eine Anlage zur Verfügung gestellt, die vielleicht alle flüssigen Gelder sofort auf den Kapitalmarkt und auf die Börse ziehen läßt. Aber so steht auch ein Stück Rot in der neuen Tugend des Reiches und der Reichsbank. Ohne die Steuerpolitik des Herrn Reinhold, der den Wünschen der Industrie allzu „rein und hoch“ entgegenkam, wäre es nicht so schnell dahin gekommen. Und auch die Reichsbank hätte vielleicht nicht so schnell die Hand zu dem Geschäft gereicht, wenn sie nicht allzu sichtbar durch ihre frühere Bankfreundlichkeit auf ihren Mitteln sitzgeblieben wäre. In diesen Momenten liegen für die Öffentlichkeit auch die Gründe zu nachhaltiger Aufmerksamkeit. Noch stärker als bisher wird sie über sorgfältige und offene Budgetpolitik, wird der Reichstag über sein Budgetrecht nachdenken müssen. Und aufmerksam wird auch die Reichsbankpolitik beobachtet werden müssen, die unter der Schwächsten Leitung nicht immer die glücklichste Hand bewiesen hat. Jedenfalls sind wir heute noch weit von der Sicherheit entfernt, mit der die Reichsbank als Währungs- und Zentralbank früher die Kreditwirtschaft beeinflusste. Dafür ist auch der diesmalige Ultimoabschluss der Reichsbank nur ein neues Beispiel.

Die Reichsbank Ende Mai.

Der Ausweis der Reichsbank zum 31. Mai zeigt zwar etwas höhere Ziffern der gesamten Kapitalanlage, aber an der von uns festgestellten Tendenz der abnehmenden Inanspruchnahme der

Reichsbank durch Wirtschaft und Banken hat sich nichts gebessert. Die Gesamtkapitalanlage ist gegen die Vormoche um 148,1 Millionen auf 1420,2 Millionen gestiegen. Der größere Teil der Zunahme entfällt von vornherein auf den Effektenkredit, der zum Monatsende einen Sprung um 79 auf 86,8 Millionen gemacht hat. Der Rest kommt mit 69,1 Millionen auf die Vermehrung des Wechselbestandes, der auf 1244,4 Millionen anwuchs. Die Anlage in Wertpapieren blieb unverändert.

	Ende 1925	1. Quart. 1926	Ende April 1926	Ende Mai 1926
Kosten und Schulden				
Reichsb. Notennkauf	2900	8100	8088	2878
Giroeinlagen der Wirtschaft	607	628	607	579
Kredite an die Wirtschaft				
Lombardkredite	10	77	61	87
Wechselkredite	1915	1216	1214	1244
(weitergegebene Wechsel)	(478,1)	(418,5)	(198,1)	(87,7)
Notendeckung				
durch Gold	1203	1401	1402	1402
durch Devisen	402	491	801	887
zusammen	1610	1972	1883	1879
Deckungsverhältnisse				
Gold u. Devisen zusamm.	54,4%	64,4%	61,0%	65,3%

Bei den um 69,1 Millionen höher ausgewiesenen Wechselbeständen ist zu beachten: der Wechselbestand ist zwar erhöht, aber die Erhöhung entspricht nicht einer Zunahme des Wechselgeschäfts. Die Erhöhung des Wechselbestandes ist vielmehr ausschließlich zu danken der Berringerung der an öffentliche Stellen weiter gegebenen Wechsel. Diese sanken von 149 auf 37,7 Millionen. Berücksichtigt man demgegenüber, daß der Bestandszuwachs nur 69,1 Millionen beträgt, so ergibt sich gegen die Vormoche insgesamt ein Rückgang von rund 42 Millionen. Hätte die Reichsbank also den öffentlichen Stellen das Kontingent nicht gekürzt, so wäre keine Steigerung von 69,1, sondern ein Rückgang des Wechselbestandes um 42 Millionen festzustellen gewesen. Trotz des nominell höheren Wechselbestandes ist das Wechselgeschäft also rückgängig. Damit wird die Erfahrung vom Ultimo April wiederholt, und zwar verstärkt.

Der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen ist gegen die Vormoche zusammen um 441 Millionen auf 4251 Millionen erhöht. Zu einem Teil entfiel diese Mehrausgabe auch auf die Rückforderungen auf Girokonto, dessen Bestände um 137 auf 579 Millionen abnahmen. Auch die Geringfügigkeit dieser Rückforderungen läßt erkennen, wie stark die Reichsbank aus dem Ultimogeschäft heute ausgeschlossen ist.

Wie außerordentlich stark das Wechselgeschäft der Reichsbank rückgängig ist, zeigt ein Vergleich mit den früheren Monaten. Unter Einrechnung der weitergegebenen Wechsel ergeben sich folgende Ziffern: Für den Ultimo Dezember 2388, für den Ultimo März 1629, April 1412, Mai 1282 Millionen. Die Verschiebungen der in den Summen noch enthaltenen Auslandswchsel sind unbekannt. Jedenfalls sank das Wechselgeschäft seit Ende Dezember auf annähernd die Hälfte. Natürlich erlaubt dieser Rückgang keinen Rückschluß auf den Wechselverkehr und die Wirtschaftslage überhaupt; denn er erklärt sich einfach daraus, daß spätestens seit Anfang April die Reichsbank gute Wechsel im ganzen teurer diskontiert als die Privatbanken und daß die Reichsbank mit Rücksicht eine weitere Herabsetzung des Diskontsatzes unterlassen hat. Für den Ausnahmezustand aber, in dem sich die Politik der Reichsbank heute befindet, sind diese Feststellungen wichtig.

Die Goldbestände sind auch gegen den Vormonat nahezu unverändert. Die Devisenbestände wurden in der letzten Woche um 91 Millionen erhöht, bleiben aber mit 357,5 Millionen etwas gegen Ende April zurück. Die Notendeckung durch Gold und deckungsfähige Devisen ist auf 65,3 Proz. erhöht.

Der Stand der Kalikonzentration.

Aus dem Geschäftsbericht des Burbachkonzerns.

Der Geschäftsbericht des Burbachkonzerns bringt eine sehr ausführliche Darstellung der Lage der Kallindustrie und beschäftigt sich dabei auch mit dem Stand der Konzentration in diesem Gewerbezweig. Infolge der gemäßigten Spekulation mit Kalibergwerken ist diese Industrie derart mit Anlagen überlastet, daß sie zum Teil mit Hilfe der Gesetzgebung wieder zurückgeschritten werden mußte. So ist auch kürzlich wieder das Verbot, neue Kallgeschächte zu bauen, um drei Jahre bis Ende 1928 verlängert worden. Die Kallindustrie hatte die Aufforderung erhalten, freiwillig einen großen Teil ihrer unrentablen Anlagen stillzulegen. Die Frist, innerhalb deren die Stilllegung erfolgt sein mußte, lief am Ende des letzten Jahres ab. Danach ergab sich in der deutschen Kallindustrie folgender Stand:

118 Schächte und acht sog. Sonderfabriken mit insgesamt 453 Tausendteil Beteiligung haben auf jeglichen Betrieb bis Ende 1923 verzichtet. Von den restlichen 106 Schächten werden nach förmlicher Anzeige gegenüber der Kalistiftungsstelle 34 in Reserve gehalten. Berücksichtigt man, daß sich unter den verbleibenden 72 Schächten noch 50 Zweitschächte befinden, so ergibt sich, daß in der Kallindustrie nur noch rund 40 Werksanlagen tatsächlich betrieben werden.

Der deutsche Steinsalzabbau erreichte mit 1.578.000 Tonnen fast genau die Höhe des Vorjahres; davon entfielen auf das Ausland 61 Proz. Das Bromgeschäft wurde durch das Zustandekommen einer Konvention in regelmäßiger Bahnen geleitet. Der Auslandsabbau konnte erweitert werden und bietet noch günstige Zukunftsaussichten. An der Zustandankunft des Deutschen Kallkonzerns konnte der Konzern bei den beiden bisher abgegebenen Abschnitten einen Anteil von 13,2 Proz. erlangen.

Der Rückgang des Kallabfahes.

Im laufenden Jahre bleibt der Abfall des deutschen Kallabfahes wesentlich hinter demjenigen des Vorjahres zurück. Der Abfall des Deutschen Kallabfahes G. m. b. H. im Mai 1926, d. h. dem ersten Monat des Düngejahres 1926/27, betrug 417.545 Doppelzentner Reinkall. Der Abfall in den ersten fünf Monaten des Kalenderjahres 1926 betrug 518.532 Doppelzentner Reinkall gegenüber 652.048 Doppelzentner Reinkall in den ersten fünf Monaten des Kalenderjahres 1925.

Das Problem des laufenden Bandes.

Am Freitag fand in Frankfurt a. M. im Sozialen Museum eine Tagung mit dem Thema „Flieharbeit als wirtsch. und kulturpol. Problem“ statt. Die Tagung war sehr zahlreich von Vertretern der Behörden, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Gewerkschaften besucht. Die Direktion des Sozialen Museums, Professor Dr. Heinz Rarr, sprach über die seelisch-geistigen Voraussetzungen des Fordismus. Er gab eine hervorragende Analyse der amerikanischen Arbeitsmethode und ihres Schöpfers.

Anschließend führte Oberingenieur Bentert Filmaufnahmen vor, um die Arbeitsführung und Arbeitspädagogik im rationali-

sierten Betriebe zu erläutern. Die Ausführungen zeigten die wichtigen Fortschritte, die gerade die Arbeitspädagogik in Deutschland in den letzten zehn Monaten gemacht hat. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand der Vortrag des cand. pol. Helmut Hülsh, der seine Erfahrungen als Ford-Arbeiter in der bekannten Fordischen Fabrik in Detroit River-Rouge darlegte. Hülsh führte u. a. aus: Die Zwangsläufigkeit des laufenden Bandes ist nicht der Griff, sondern der Leistungsvollzug, nicht die Zeitspanne ist für den Arbeitsgriff ausschlaggebend, sondern die Zeitspanne für die einzelnen Arbeitsoperationen, die mehrere Arbeitsgriffe zusammenfaßt. Deshalb ergibt sich der Gegensatz zwischen Taylor und Ford, der Gegensatz zwischen Stoppuhr und Rhythmus. Die Arbeit ist in Detroit rhythmisiert; die Arbeiter haben sich an den Rhythmus gewöhnt und haben ihre Beschäftigung liebgewonnen.

An die Ausführungen schloß sich eine ausgedehnte Debatte. U. a. wies Redakteur Dik vom „Soz. Presseblatt“ darauf hin, daß der Rhythmus immer das Ideal sei. Der Arbeitstag werde zu einer Ausbeutung des Arbeiters, wenn eine Steigerung der Leistungen im optimalen Sinne nicht berücksichtigt werde. Auf den Vorwurf des Fabrikanten Wörner-Frankfurt, daß die Arbeiterhaft der Rationalisierung Widerstand entgegensetze, erklärte Dik, daß man den Fall noch nachweisen müsse, wo die Einführung der Flieharbeit oder gar der Flieharbeit in ihrer bestmöglichen Form, des laufenden Bandes, am Widerstand der Arbeiterschaft gescheitert sei. Allerdings könne es in Deutschland darauf an, wenn man zu ähnlichen Verhältnissen wie in Detroit kommen wolle, die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern zu schaffen. Angesichts der Konflikte über Lohn und Arbeitszeit läßt aber in dieser Beziehung die Verhältnisse in Deutschland äußerst traurig und nicht gerade vielversprechend aus.

Großhandelsindex.

Die auf den Sonntag des 2. Juni berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 26. Mai um 0,4 Proz. von 123,2 auf 123,7 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse um 0,6 Proz. auf 123,6 Proz. angezogen, während die Industriestoffe fast unverändert blieben.

Im Durchschnitt Mai lagen die Agrarerzeugnisse mit 122,8 um 1,1 Proz. höher und die Industriestoffe mit 124,0 um 0,7 Proz. niedriger als im April. Die Gesamtindexziffer stellte sich im Durchschnitt Mai auf 123,2.

Amorganisation der bayerischen Staatswerke. Die bayerische Regierung hat am 31. März 1924, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Landtag, die Übertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerks-, Hütten- und Salinenwesens in eine Aktiengesellschaft angeordnet. Die fehlende Genehmigung ist nunmehr in einem dem Landtag vorgelegten Antrag des Finanzministers nachgeholt worden. Die neue Gesellschaft bildet die Firma „Bayerische Berg-, Hütten- und Salzwert-G.“ mit einem Grundkapital von 5 Millionen Mark. Dieses Kapital bleibt im ganzen Umfang in der Hand des Staates. Die Arbeiter und Angestellten der Werke werden mit ihren vollen vertraglichen Rechten auf die neue Gesellschaft übernommen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin 68 08, Lindenstraße 2. Bitte an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Rep., rechts, zu richten.

1. Kreis Friedrichshagen. Alle Genossen sind verpflichtet, bei den Elternratswahlen mitzuwirken. Versammlung in den Wählungslokalen, Zentralwahlbureau 10 bei Bütsch, Petersburger Str. 3, Kottbuscher Platz 21. Wahlresultate sind sofort nach beendeter Wahl nach dem in der Zeitung, Genannt Anzeigen und über einrichtigen Wahlzettel und der übergebenen Stimmen unbedingt erforderlich. Stimmzettel sind im obigen Lokal abzuholen.

2. Kreis Prenzlauer Berg. Zentralwahlbureau am Sonntag, 6. Juni, 10 Uhr bei Bütsch, Petersburger Str. 3, Kottbuscher Platz 21. Wahlresultate sind sofort nach beendeter Wahl, die Wahl der einzelnen Wähler und der abgabenden Stimmen sowie die Stimmzettel auf den einzelnen Stimmzetteln nach am Sonntag abgeholt werden. — Wahltag Sonntag, 6. Juni, früh 8 1/2 Uhr, werden alle Genossen bei Bütsch, Petersburger Str. 3, Kottbuscher Platz 21, zur Wahlhilfe.

3. Kreis Charlottenburg. Das Wahlbureau für die Elternratswahlen befindet sich am Sonntag, 6. Juni, bei Weimer, Wilmersdorfer Str. 21, Ecke Sonnenstraße. Telefon: Amt Wilhelm 1448. Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein. Für schlesische Einblendungen der Wahlresultate haben die Elternratswähler zu sorgen.

Heute, Sonnabend, 5. Juni:

- 10. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 207, 208, 209, 210 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 11. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 211, 212, 213, 214 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 12. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 215, 216, 217, 218 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 13. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 219, 220, 221, 222 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 14. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 223, 224, 225, 226 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 15. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 227, 228, 229, 230 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 16. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 231, 232, 233, 234 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 17. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 235, 236, 237, 238 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 18. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 239, 240, 241, 242 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 19. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 243, 244, 245, 246 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 20. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 247, 248, 249, 250 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.

Morgen, Sonntag, 6. Juni:

- 1. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 251, 252, 253, 254 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 2. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 255, 256, 257, 258 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 3. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 259, 260, 261, 262 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 4. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 263, 264, 265, 266 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 5. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 267, 268, 269, 270 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 6. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 271, 272, 273, 274 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 7. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 275, 276, 277, 278 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 8. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 279, 280, 281, 282 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 9. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 283, 284, 285, 286 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 10. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 287, 288, 289, 290 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 11. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 291, 292, 293, 294 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 12. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 295, 296, 297, 298 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 13. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 299, 300, 301, 302 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 14. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 303, 304, 305, 306 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 15. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 307, 308, 309, 310 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 16. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 311, 312, 313, 314 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 17. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 315, 316, 317, 318 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 18. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 319, 320, 321, 322 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 19. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 323, 324, 325, 326 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.
- 20. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 327, 328, 329, 330 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

100. 8 Uhr Treffpunkt zur Wahlbureauvertretung, Bezirks 331, 332, 333, 334 bei Bütsch, Kottbuscher Str. 3, Kottbuscher Platz 21, Wahlhelfer müssen um 8 Uhr früh am Wahltag sein.

Eine Bekanntmachung über die Bewertung zwangsverwerteter Grundstücke nach dem Reichsbewertungsgesetz veröffentlicht der Präsident des Landesfinanzamtes Berlin im Einzelteil der heutigen Nummer.

